Klassenkämpfe im Iran Seite 11

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 36, 8. September 1978 12. Jahrgang 50 Pfennig

1.500 Michelin-Arbeiter im Streik!

1.500 Kollegen (pro Schicht 500) des Michelin-Werks in Karlsruhe sind am Dienstag in den Streik getreten. Und der begann so:

Am 29. August um 9 Uhr werden die neuesten Provokationen der Geschäftsleitung bekannt. Der Eigenkostenanteil an den Busfahrten soll um fast 100 Prozent erhöht werden. Das trifft besonders die französischen Kollegen aus dem Elsaß. Gleichzeitig plant die Geschäftsleitung, „freiwillig gewährte Zulagen auf die Tariferhöhungen anzurechnen". Das bedeutet für die Kollegen: Die Nachtschichtprämie soll wegfallen, die normale Schichtprämie wird von 40 auf 25 Prozent gekürzt. Das alles zusammen macht rund 300 bis 400 DM aus. Dazu soll an Samstagen die Spät- und Nachtschicht eingeführt werden. Überhaupt soll die ungeheure Arbeitshetze verschärft werden. Als das bekannt wird, beschließen 70 Reifenwickler nach der Frühstückspause, sitzen zu bleiben. Sie werden aus dem Werk verwiesen. Dort jedoch informieren sie auf den Busparkplätzen die Kollegen der Spätschicht. Diese schließen sich dem Streik an, gehen erst gar nicht ins Werk, bleiben acht Stunden und informieren die Nachtschicht. Nun steht die Produktion still. Der Streik ist aber mehr als ein Kampf gegen die jetzigen Angriffe der Kapitalisten. Er ist die Generalabrechnung für jahrelange Arbeitshetze, Demütigungen, für Bespitzelungen während Krankheit oder Urlaub.



Streikposten am Tor verhindern, daß Streikbrecher ins Werk kommen.

Das zweite große beherrschende Thema sind die bereits ausgesprochenen fristlosen Entlassungen gegen den Betriebsratsvorsitzenden Helmut Christ und die Betriebsräte Manfred Grether und Jean-Paul Limmacher sowie zwei Vertrauensleute. Die Geschäftsleitung verhetzt sie als „radika-

Fortsetzung auf Seite 4

Steuerpolitik

Finanzamt schenkt Firma 15 Millionen Mark

In der vergangenen Woche erließen die baden-württembergischen Finanzbehörden der Firma Hornschuch AG eine Steuerschuld von rund 15,6 Millionen Mark. Das Steuergeschenk wurde gemacht, obwohl die Firma (Hersteller von Artikeln wie „Skai" und „D-C-Fix") im vergangenen Geschäftsjahr '77 einen Umsatz von 187 Millionen und einen „Jahresüberschuß" von 14,6 Millionen Mark *ausgewiesen* hatte. Begründet wurde die Millionenschenkung demagogisch mit der Notwendigkeit, die 2.000 Arbeitsplätze der Firma zu erhalten.

In der selben Woche wurde bekannt, daß die Verwaltung der Stadt Aachen in ein Riesendefizit geraten war. Die Aachener Stadtväter hatten versucht, durch den Bau des Tagungs- und Kongreßzentrums „Eurogress" einer **privat betriebenen Spielbank** eine „weltstädtische Umgebung" zu schaffen. Das Projekt wurde zur Pleite. Die Rechnung von 1,5 Millionen Mark muß nun aus öffentlichen Steuergeldern beglichen werden. Natürlich werden auch in Aachen — wie es heißt — die Steuergelder nur aus Sorge um die Arbeitsplätze der Beschäftigten verpulvert.

Sind Hornschuch und „Eurogress" Einzelfälle? — In Bonn langte in der vergangenen Woche die Rangelei der Parteien um die sogenannte Steuerreform bei der Frage des Ausgleichs der Lohnsummensteuer an. Diese Steuer, die bisher die Unternehmer zu entrichten hatten, soll gestrichen werden. Zusammen mit anderen Vergünstigungen — etwa der Anhebung des Freibetrags der Gewerbesteuer — soll so mit der Steuerreform den Kapitalisten ein Geschenk von rund 7,3 Milliarden DM jährlich gemacht werden (der RM berichtete in seinen letzten Ausgaben darüber). Im Falle der Lohnsummensteuer entstehen den großen Städten Einnahmenverluste; sie wehren sich, sie fordern Ausgleich. Dieser Ausgleich soll zu Lasten der werktätigen Bevölkerung, durch wachsende Besteuerung oder über Einsparungen an Krankenhäusern, Schulen, Kindergärten, Verkehrsverbindungen und Arbeitsplätzen erzielt werden.

Begleitet wird die Diskussion der Steuerreform von einem aufwendigen Propagandakonzert über zu erwartende Lohnsteuersenkungen und Steuervorteile. Doch die jüngste Diskussion über den Lohnsteuerausgleich sowie die Fälle Hornschuch und „Eurogress" zeigen, was von den offiziellen Versprechungen zu halten ist. Die Steuer- und Steuerreformpolitik hierzulande läßt sich letztlich immer auf den einen Grundsatz zurückführen: Wer hat, dem wird gegeben, und zwar in steigender Progression!

Die baden-württembergischen Finanzbehörden, die in der letzten Woche den Hornschuch-Kapitalisten 15 Millionen zuschusterten, versuchen gegenwärtig, die im Frühjahr den schwäbischen Metallarbeitern ausgezahlten Streikgelder als „Nebenverdienst" zu versteuern: Gelder, die die Arbeiter selbst aufgebracht haben, die sie bezahlt haben von ihrem schon einmal versteuerten Lohn! — Raub und Betrug an der werktätigen Bevölkerung zu Nutz und Frommen der Kapitalisten — das ist das Wesen der ganzen Steuerpolitik! Keine noch so raffinierte Reformkosmetik, kein noch so schön verschnürtes „Steuerreformpaket" kann darüber hinwegtäuschen!

Klöckner/Bremen:

700 Kollegen sollen entlassen werden

700 Kollegen sollen gehen. Das ist der Kernsatz eines „Kostensenkungsprogramms", das der Werksvorstand von Klöckner in Bremen am 28. August vorlegte. Unter ihnen 60 bis 70 Mann aus dem neuen Warmwalzwerk, eine komplette Schicht. Statt rund um die Uhr soll die Anlage nur noch montags bis freitags im Dreischichtbetrieb laufen. Die Produktion aber soll nicht sinken, sondern gleich bleiben. Auf deutsch: Mit weniger Arbeitern soll mehr produziert werden.

Aber noch ist nicht aller Tage Abend. Die Klöckner-Kollegen haben bereits den Kampf aufgenommen. Bericht auf Seite 4 dieser Ausgabe.

Wußten Sie schon...?

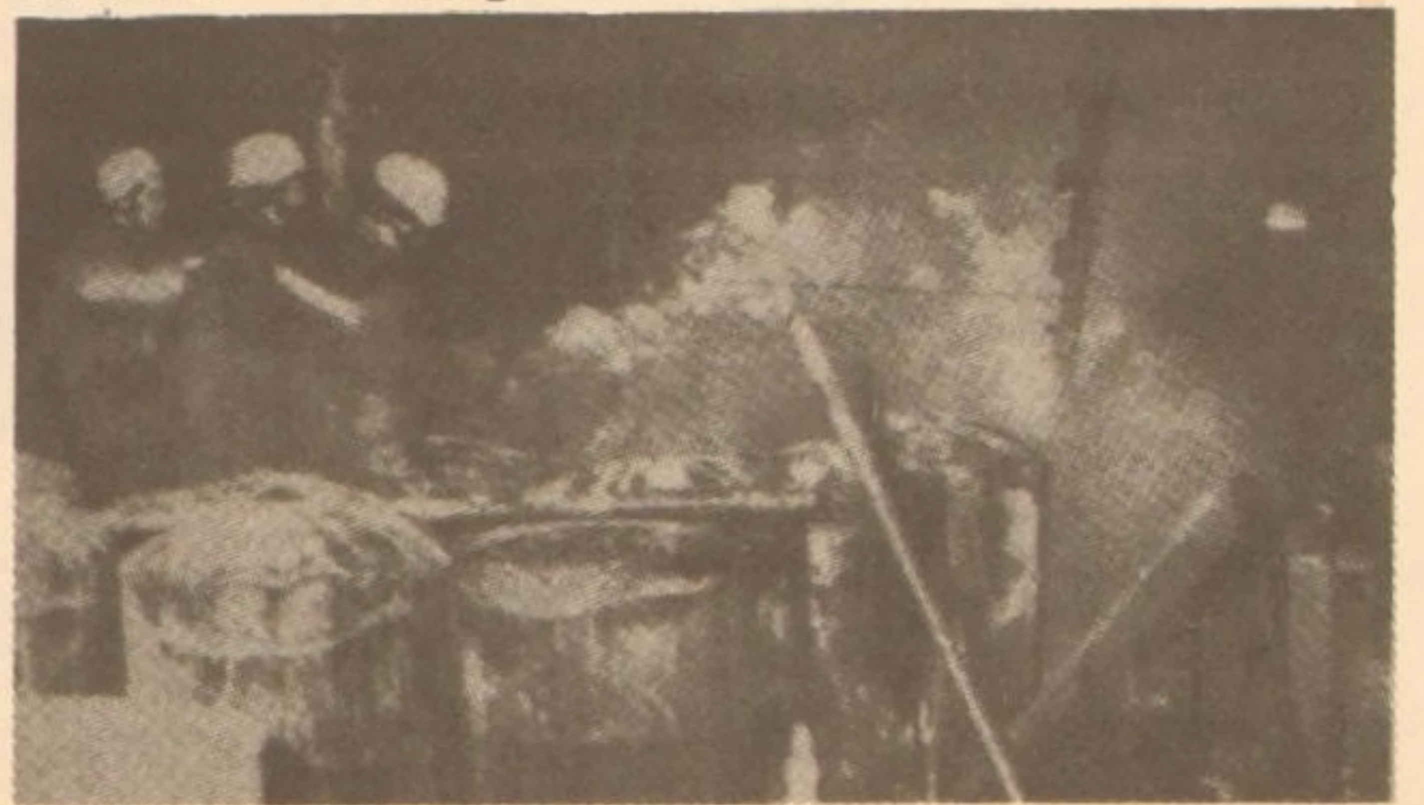
...daß es weltweit 300 bis 400 Millionen Arbeitslose gibt? Das ist jedenfalls die Größe des internationalen Arbeitslosenheeres, wie sie der Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vermutet.

***

...daß jährlich 15,5 Millionen Kinder vor Erreichen ihres 5. Lebensjahres an Unterernährung sterben? Das heißt, jeden Tag sterben 1.700 Kinder. Oder anders ausgedrückt: Alle zwei Sekunden wird ein Kind das Opfer des Hungertodes (Angaben von der UNICEF). 15 Millionen dieser Kinder leben und sterben in den sogenannten Entwicklungsländern, 500.000 in den „modernen" Industriestaaten! Gibt es eine furchtbarere Anklage gegen die weltweite Herrschaft des Imperialismus?

Erneute Giftkatastrophe in Bayern

Wenige Tage nach der Umweltkatastrophe bei Regensburg, bei der mehr als 4.000 durch eine Giftgaswolke gefährdete Menschen behandelt werden mußten: 2.000 Liter Gift auf der Autobahn München — Nürnberg!



Schon einmal in diesem Jahr mußte die Autobahn München-Nürnberg gesperrt werden, als ein Lastzug mit 13.000 kg Triphenylzinnacetat in Brand geriet und eine Giftgaswolke die Bevölkerung bedrohte.

Dienstag, 30. 8., gegen 9 Uhr: Autofahrer bemerken, wie aus einem Tankwagen mit starkem Strahl eine Flüssigkeit schießt. Es gelingt, den Fahrer aufmerksam zu machen, der sein leckes Fahrzeug noch zur nächsten Autobahnraststätte bringt. Was nun folgt, ist scheinbar Brauch in dieser Branche. Welche Flüssigkeit das Tankfahrzeug geladen hatte — niemand weiß es. Der Fahrer — nicht informiert. Dazu noch ohne Begleitpapiere. Das vorgeschriebene Kennzeichnungsschild am Tank, das Auskunft über den Inhalt geben soll — fehlt. Erst ein Funkspruch mit der Firma ergibt, daß es sich um 14prozentige Chromsäure handelt. Diese Säure enthält gelöstes Chrom, das zu schweren Vergiftungen führen kann und außerdem stark ätzende Wirkung hat. Die Chromsäure sollte im Auftrag des Flugzeugkonzerns Dornier zu einer Sondermüllanlage gebracht werden. Endlich — nach über einer Stunde — wurde die Autobahn gesperrt. Ein Teil des Giftes wurde abtransportiert, ein Teil davon wurde vom Regen ins Erdreich geschwemmt. Kommentar des Ministeriums dazu: Der Wert von 90 Mikrogramm Chromsäure pro ein Gramm Boden mache keine weiteren Maßnahmen notwendig. Auch sei bisher kein Fischsterben aufgetreten!! Dabei war für die Beamten des Wasserwirtschaftsamtes noch nicht einmal klar, ob das Grundwasser verseucht worden ist.

Jetzt stellte sich heraus, daß das Münchner Transportunternehmen zwar vor dreieinhalb Jahren einen Antrag bei der Behörde gestellt hatte, inzwischen aber ohne Genehmigung für den Rüstungskonzern Dornier gefahren war. Gegen den Spediteur wird „ermittelt". Aber die Regierung von Oberbayern hat ein Trostpflaster für ihn parat: Der Antrag, Gift transportieren zu dürfen, „werde wohl genehmigt werden"!

Der Widerstand wächst

Mit horrenden Diätenerhöhungen haben die Abgeordneten der Parlamente verschiedener Ebenen sich ihr ohnehin einträgliches Dasein versüßt. Aber auch überall stieß diese Gier nach den Geldern der Steuerzahler auf die Empörung der Werktätigen. Diese drastischen Diätenerhöhungen sind für viele Menschen Anlaß, darüber nachzudenken, wofür diese Herren eigentlich ihr Geld bekommen. Gleichzeitig aber wächst die Bereitschaft, für die Zurücknahme der Erhöhungen zu kämpfen.

So sah sich jetzt der Bund der Steuerzahler in Bayern veranlaßt, eine Unterschriftenaktion zu starten, die das Ziel hat, eine Volksabstimmung über die bayrische Diätenerhöhung zu erreichen. Eine Volksabstimmung würde in der Tat zum Ausdruck bringen, welcher Zorn in der Bevölkerung über diese Beschlüsse steckt, und sie würde dokumentieren, wie isoliert eigentlich die Einrichtung des bürgerlichen Parlaments im Volke dasteht.

Das ist natürlich für alle bürgerlichen Parteien ein Anlaß, eine solche Volksabstimmung bis aufs Messer zu bekämpfen. Für uns ist es dagegen ein Grund mehr, einen solchen Kampfschritt zu unterstützen. Genauso wie die Unterschriftensammlung der vor kurzem in München gegründeten „Bürgerinitiative für die Zurücknahme der Diätenerhöhungen", die gegen die 64prozentige Erhöhung der Bezüge der Stadträte innerhalb von zweieinhalb Stunden 788 Unterschriften ergab!

Sport und Politik

Erinnern wir uns: Montreal 1976, Olympische Spiele. 24 afrikanische Staaten haben ihre Teilnahme abgesagt, weil Neuseeland teilnehmen sollte, obwohl es sportliche Beziehungen mit dem rassistischen Regime in Südafrika unterhielt. Die Presse heulte auf. „Der Sport darf nichts mit Politik zu tun haben." Und die Daumes und Weyers standen mit erhobenem Zeigefinger da: „Der Sport darf sich nicht von der Politik erpressen lassen."

Wenn es jedoch um die Interessen der westdeutschen Revanchisten geht, sieht alles ganz anders aus. Den Herren vom Leichtathletik-Verband paßte es nicht, daß ihre Sportler in Prag bei der Eröffnungsfeier zu den Europameisterschaften hinter einem Schild mit der Aufschrift „FRG" (Bundesrepublik Deutschland) einmarschieren sollten. Sie bestanden stattdessen auf der Abkürzung „GER" (Deutschland). So sollte hier der Sport dafür genutzt werden, den Alleinvertretungsanspruch der westdeutschen Imperialisten über ganz Deutschland geltend zu machen. Denn bekanntlich haben die Bonner Revanchisten es nicht aufgegeben, von einer Wiedervereinigung beider deutscher Staaten unter ihrer Herrschaft zu träumen.

Dabei wird dieser Alleinvertretungsanspruch ja auch in der Bezeichnung „BRD" deutlich. Korrekterweise hätte auf dem Trageschild nämlich die Bezeichnung „DBR" (Deutsche Bundesrepublik) stehen müssen, eine Bezeichnung, die unsere Partei seit Jahren gebraucht. Aber wir wollen den Sport ja nicht mit der Politik vermischen...

Kontinuität

Ein Repräsentant des Bonner Staates der Gesinnungsschnüffelei und der Berufsverbote, der stellvertretende SPD-Vorsitzende und Bremer Bürgermeister Hans Koschnick, gab kürzlich ein denkwürdiges Zeugnis ab. Er schrieb in der Zeitschrift „Evangelische Kommentare", daß die „Gesinnungsforschung" bei der Handhabung des Extremistenbeschlusses auf einem theoretischen Konzept beruhe, „das zum ersten Mal 1933 in die Beamtengesetzgebung in Deutschland eingeführt worden ist"! Seit 1933 sei man davon ausgegangen — so Koschnik —, daß ein Beamter bei seiner Einstellung Gewähr dafür bieten müsse, sich voll für eine Sache zu engagieren, „damals für den nationalsozialistischen Staat, heute für die freiheitlich-demokratische Grundordnung."

Die Hintermänner des III. Reiches waren die Herren der großen Konzerne und Banken. Sie sind 1945 nicht abgetreten. Ihr System des Kapitalismus bildet die Grundlage auch des Bonner Staates. Daher ist die Kontinuität der Politik, der Gesetze und natürlich auch der Extremistenbeschlüsse für jeden Kommunisten, jeden wahren Antifaschisten, der um die Ursachen des Faschismus weiß, nicht weiter verwunderlich. Wie aber kommt Koschnick zu der Aussage? Hat er sich plötzlich geläutert? Hat er sich durchgerungen zu antifaschistischen Erkenntnissen?

Weit gefehlt! Koschnick lehnt die Beurteilung der Gesinnung eines Bewerbers ab, weil sie sich als zu unsicher erwiesen hätte, als „Kaffeesatzleserei", wie er sich ausdrückt. Er fordert stattdessen die Überprüfung nach den **Aktivitäten**. Und um dabei einen besseren „Überblick" zu erhalten, schlägt er vor, die Probezeit für die Anstellung eines Beamten auf Lebenszeit von drei auf zehn Jahre zu erhöhen.

Damit stellt sich auch Koschnick wieder in die „Kontinuität".

Hua in Bukarest und Belgrad

Chinas Hua Guo-feng ist wieder daheim. Seine 20tägige Reise, die ihn zu den rumänischen und jugoslawischen Revisionisten sowie zu den Faschisten im Iran führte, ist zu Ende. Ceaucescu kann zufrieden sein, Tito auch. „Wir wünschen euch von ganzem Herzen, daß ihr mächtig werdet", erklärte Hua auf dem Abschlußkabinett in Bukarest. Und den jugoslawischen Revisionisten in Belgrad sicherte er zu, daß China „vorbehaltlos die führende Rolle Jugoslawiens in der Bewegung der blockfreien Staaten" unterstütze.

Wie erklärt sich die große Liebe Huas gerade zu diesen beiden Ländern? Angeblich aus ihrer „antihegemonistischen Politik", ihrem „Unabhängigkeitskurs". Doch hinter der leuchtenden Fassade von Kommuniqués, Reden und Trinksprüchen, sieht alles ganz anders aus: So gehört Rumänien dem aggressiven Militärbündnis Warschauer Pakt an sowie dem unter Moskauer Diktat stehenden RGW. Nie hat Rumänien ernsthafte Schritte unternommen, den Weg zu einer wirklichen Unabhängigkeit zu beschreiten. die Widersprüche, die die rumänischen Revisionisten zu den sowjetischen Sozialimperialisten haben, sind anderer Natur. Die rumänischen Revisionisten möchten nämlich den gleichen Weg gehen, den die Tito und Co. schon längst gegangen sind, nämlich den der Annäherung an die westlichen Imperialisten und besonders den US-Imperialismus. Was bedeutet es sonst, wenn Rumänien auf der einen Seite gegen die angedeuteten Statutenänderungen des RGW Stellung bezieht, auf der anderen Seite den westlichen Imperialisten Tür und Tor öffnet? So wurden die US-Ölmonopole eingeladen, die Ausbeutung der reichen rumänischen Ölvorkommen vorzunehmen, so wird es westdeutschen Firmen gestattet, sich bei Unternehmenskooperation mit bis zu 49 Prozent an Gemeinschaftsfabriken in Rumänien zu beteiligen. Oder wenn sie zwar gegen *Manöver* des Warschauer Paktes auf ihrem Boden auftreten, aber dafür nichts dagegen haben, wenn — wie im September letzten Jahres — das US-Kriegsschiff „Charles Adams" in einem ihrer Häfen ankert.



Zwei Erzrevisionisten stoßen an.

Die chinesischen Revisionisten haben nichts gegen eine solche Entwicklung, mehr noch, sie unterstützen sie nachhaltig. Längst ist ihr „Kampf gegen die beiden Supermächte" zu einem alleinigen Kampf gegen den Sozialimperialismus geworden, in dem sie alle, einschließlich der westlichen Imperialisten und des US-Imperialismus, zusammenschließen wollen.

Unverhohlen rühren Sie die Trommel für den „antihegemonistischen" Kampf unter dem Kommando Washingtons, schüren sie so die Spannungen und handeln als aktive Kriegstreiber. Auf dem Balkan haben sie zwei Partner gefunden. Umfangreiche chinesische Wirtschaftshilfe wird den revisionistischen Freunden gewährt, die mit dazu beitragen soll, die zerrüttete und verkommene Wirtschaft der beiden Länder wieder flott zu machen. Insgesamt wurden auf der Hua-Reise allein mit Rumänien zehn Wirtschaftsabkommen geschlossen, Rumänien erhofft sich dadurch eine Verdoppelung des Außenhandelsumsatzes mit der VR China. Bei den Jugoslawen hat China Schiffe im Wert von 50 Millionen Dollar sowie 20 Schiffsmotoren bestellt.

Was sagte Hua am zweiten Tag seines Jugoslawien-Aufenthalts: „Keiner von uns möchte sich grob gegenüber dem anderen verhalten, keiner möchte sich beim anderen einmischen und keiner möchte den anderen kontrollieren." Oh doch, einmischen und kontrollieren woll Ihr schon. Die Frage ist nur, ob man Euch auch läßt. Albanien jedenfalls ließ Euch nicht.

Deshalb habt Ihr ihm die Wirtschaftshilfe gestrichen, Eure Techniker und Ingenieure abgezogen. Kein Wunder. Albanien war immer kompromißlos gegen eine Politik der Versöhnung mit den Imperialismus und der Versöhnung mit den Erzrevisionisten wie Tito. Auch die jüngsten Erpressungsversuche der chinesischen Revisionisten haben daran nichts geändert.

Kurz berichtet

Dortmund

Mit einer neuen Ausgabe von „Im Klartext" greift die Stadtteilzelle Dorstfeld der KPD/ML in das Geschehen ihres Stadtteils ein. So wird z. B. der Plan der Stadt Dortmund entlarvt, eine Straße zu bauen, die das Werk Union/Hoesch direkt mit dem Ruhrschnellweg verbindet, und das dann als sinnvolle Planung im Interesse der Bürger auszugeben. Es wird gezeigt, daß diese Straße allein den Interessen der Hoesch-Bosse dient und den Dorstfelder Einwohnern nichts als Häuserabriß und Krach bringt. In einem Interview mit einem Lehrer werden die Dorstfelder Eltern über den Mitbestimmungsschwindel der neuen Schulgesetze informiert. Diese Informationen fallen sicherlich auf fruchtbaren Boden, haben die Bürger im Westen und Nordwesten Dortmunds gerade in jüngster Zeit ihre Erfahrungen mit dem Schulsystem gemacht und an zwei Schulen Schulstreiks durchgeführt.

In interessanten Kurzmeldungen aus dem Stadtteil und den Betrieben erfahren die Dorstfelder über verschiedene Mieteraktionen, über die erfolgreiche Arbeit der RGO-Betriebsräte auf Union, über den einen bei Bauarbeiten in Dorstfeld fahrlässig getöteten Maschinenbaustudenten, über die Blamage und Selbstentlarvung eines bekannten SPD-Kommunalpolitikers, über die Schmierereien der NPD-Faschisten (ein Aufkleber gegen die Faschisten ist der Zeitung beigelegt) und vieles andere mehr. Alles in allem eine interessante Zeitung in gelungener Aufmachung, die bestimmt ihre Leser finden wird. Vielleicht auch ein Beispiel, von dem so manche der vielen anderen Stadtteilzellen der Partei lernen können?

Oberhausen

Ganze 24 Nazis waren es, die am letzten Samstag erst in Essen und dann in Oberhausen ihre Hetzkundgebungen abhalten wollten. 500 Antifaschisten warteten in einer Einkaufsstraße auf sie, um ihnen unmißverständlich klar zu machen, daß auch in Oberhausen die werktätige Bevölkerung die Nase von der braunen Pest voll hat. Die Polizei, die das Gelände mit Spanischen Reitern gesichert hatte, war von Anfang an darauf aus, möglichst viele Antifaschisten zu greifen. Obwohl immer wieder Greiftrupps der Polizei angriffen, konnte so mancher Antifaschist wieder herausgehauen werden. Trotzdem wurden insgesamt um die 15 Menschen festgenommen, die später alle erkennungsdienstlich behandelt wurden. Ein Genosse wurde derart von 15 Polizisten geschlagen und u. a. in eine Schaufensterscheibe gedrückt, daß er jetzt mit einer Gehirnerschütterung auf der Intensivstation im Krankenhaus liegt.

Mit Trillerpfeif-Konzerten und Sprechchören wurden dann die aus Essen ankommenden Faschisten empfangen. Man konnte ihnen ansehen, daß sich dort schon der Volkszorn über sie entladen hatte, aber auch in Oberhausen bekamen sie noch einige Eier an den Kopf.

Nach der einstündigen Kundgebung wurden die Nazis, darunter auch ihr Redner, noch von aufgebrachten Antifaschisten verfolgt. Gerne werden die Faschisten nicht mehr nach Essen und Oberhausen kommen.

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321000290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekü[illegible]t wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Offen gesagt...

Deutsche Polizisten schützen die Faschisten

Auf der Intensivstation des Krankenhauses in Oberhausen liegt ein junger Mann. Mittlere Gehirnerschütterung ist die Diagnose. Verursacht worden ist die Gehirnerschütterung von einem Polizeiknüppel oder von einer Polizistenfaust oder von beidem zusammen. Denn der junge Mann ist in einer Einkaufsstraße Oberhausens einem Greiftrupp der Polizei in die Hände gefallen, ist von ihm festgenommen und verprügelt worden. Der junge Mann hatte an einer antifaschistischen Kundgebung teilgenommen. Zusammen mit 500 anderen Antifaschisten war er der Provokation eines Häufleins von Neonazis entgegengetreten. Vor den Faschisten aber hatte schützend ein großes Aufgebot der Polizei gestanden, mit Helmen, Schilden, Knüppeln und Spanischen Reitern. Trupps der Polizei griffen die Antifaschisten an und verhafteten ca. 15 von ihnen — darunter den jungen Mann, der jetzt im Krankenhaus liegt. Alle Festgenommenen wurden erkennungsdienstlich behandelt.

Es ist immer das gleiche Bild; es ist zu beobachten im Norden und Süden Westdeutschlands, in kleinen wie größeren Städten und immer häufiger: Antifaschisten werden verfolgt, festgenommen, niedergeschlagen von deutschen Polizisten — zum Schutz der Faschisten. Nazigegner werden angeklagt, vor Gericht gestellt, verurteilt zu hohen Geld- und Gefängnisstrafen — zum Schutz der Nazis. Die Nazis werden hochgezüchtet in diesem Staat, der sich „freiheitlich-demokratisch" nennt, der aber mit seinen Berufsverboten und seinem Antikommunismus, mit seinen Polizeimethoden und seiner inneren Aufrüstung sich seines Titels „Rechtsnachfolger des Dritten Reiches" immer würdiger erweist.

Dieser Staat arbeitet mit den Neonazis zusammen. Seine Polizei benutzt ihre provokanten Kundgebungen förmlich als Falle; sie nimmt sie zum Anlaß, um Antifaschisten zu terrorisieren, zu verhaften, erkennungsdienstlich zu behandeln, um ihnen Gerichtsverfahren anzuhängen. Darauf müssen die Antifaschisten sich einstellen. Ohne daß sie dabei in ihrem Kampf gegen Reaktion und Faschismus nachlassen.

DDR-Kosmonaut im All

Aus der Mücke wird ein Elefant

Am 26. August flog der DDR-Kosmonaut Sigmund Jähn als Beifahrer in einer sowjetischen Weltraumkapsel zur sowjetischen Raumstation Salut 6. Seither befindet sich die offizielle DDR, befinden sich Massenmedien, Partei- und Regierungsstellen in einem Propagandataumel, wie man ihn selten erlebt hat.

Im „Palast der Republik" stimmen Funktionäre das Lied „Hoch soll'n sie leben" an, und es wird — wie das SED-Organ „Neues Deutschland" schreibt — „ein Hymnus auf das Kosmos-Duo" daraus. Am Sonntag bleiben die Zeitungskioske geöffnet. Das „Neue Deutschland" berichtet in seinen Ausgaben auf sechs von acht Seiten über das „Historische Ereignis im Leben unseres Volkes", über „unseren Genossen im All". Immer neue Details aus dem Leben „unseres Himmelsstürmers" Jähn werden ausgewalzt. Eine neue Kosmos-Sondermünze zu zehn Mark kommt in Umlauf. Breschnew und Honecker senden ein gemeinsames Glückwunschtelegramm ins All. Der Staatsrat der DDR stiftet einen neuen Titel — „Fliegerkosmonaut der DDR"; das Vorstandsmitglied des Schriftstellerverbandes, Helmut Baierl, stiftet ein Gedicht: „...So steigt der erste Mann / Deutscher Zunge / Mit rotem Herzen / Ins All / Und kommt / Von uns hier / Aus der / Deutschen Demokratischen / Republik."

Doch damit ist der Kultur noch nicht genug getan. Zur Krönung des Spektakels wird der „Mann mit roter Zunge und deutschem Herzen" (pardon! — natürlich umgekehrt!) von der DDR-Propaganda in eine Reihe gestellt mit den großen deutschen Wissenschaftlern Johannes Kepler, Gottfried Wilhelm Leibnitz, Albert Einstein und anderen. Ein gewaltiger Maßstab! —

Kepler hatte vor über 350 Jahren die Planetenbahnen exakt bestimmt, hatte damit beigetragen zur Durchsetzung des kopernikanischen und zur Zerschlagung des mittelalterlich-kirchlichen Weltbildes. Hat der „Fliegerkosmonaut" mit seinem Flug nun Vergleichbares geleistet? Hat er — ein neuer Leibnitz — neue Grundlagen der Mathematik gelegt, hat er — ein neuer Einstein — eine neue Relativitätstheorie entwickelt? Über die wissenschaftliche Bedeutung des „Routine-Fluges" (so die Sowjetpresse) nach Salut 6 wird wenig Konkretes berichtet. Die sonst so überschwengliche Sonntagsausgabe des „Neuen Deutschland" handelt die wissenschaftlichen Aufgaben des Fluges in einer halben Spalte ab — einer **halben** von insgesamt sechs mal sechs Spalten, in denen das Ereignis gefeiert wird. Und was sind nun letztlich die so staatsbewegenden wissenschaftlichen Erheblichkeiten? — Gute 20 Versuche, die an Bord von Salut 6 durchgeführt werden. Dabei handelt es sich unter anderem um Experimente mit Werkstoffen und um medizinisch-biologische Versuche. Es wird z. B. getestet, wie Jähns Körper auf die Schwerelosigkeit im All reagiert. Und das soll ein „Historisches Ereignis" sein? Das soll Jähn in eine Reihe mit Kepler, Leibnitz und Einstein stellen? — Demnächst präsentiert uns die DDR-Presse womöglich noch ein in den Weltraum geschossenes Äffchen, dessen Urin-Proben wissenschaftlich verwertet werden, als neuen Galilei!



Trittbrettfahrer zum Kosmos-Supermann hochgejubelt

Die Show, die die DDR-Führung abziehen läßt, ist ebenso lächerlich wie bombastisch. Warum aber macht man aus der Mücke des „Routineflugs" einen solchen Propaganda-Elefanten und läßt ihn mit großem Getöse durch die DDR stampfen?

„Der erste Deutsche im All, ein Bürger der DDR!" heißt die rotgedruckte Schlagzeile im „Neuen Deutschland". Vom „sozialistischen Vaterland" ist die Rede und vom „sozialistischen Patriotismus". Aus allen Artikeln und Verlautbarungen springt die Absicht hervor, nationale Emotionen, eine Art DDR-Nationalbewußtsein zusammenzuzimmern. Der Flug des „Fliegerkosmonauten" wird ausgeschlachtet, um den vollständigen Verrat der herrschenden Honecker-Clique an der Einheit der Nation zu rechtfertigen, um das Verlangen der Werktätigen der DDR nach Wiedervereinigung in einem Deutschland, frei von Ausbeutern und Unterdrükkern westlicher wie östlicher Prägung zu betäuben und auszulöschen. Doch so leicht lassen sich die gerechten Bestrebungen der Völker nicht auslöschen — nicht mit technischen Kunststücken im All und nicht mit bombastischen Propagandafeldzügen.

Breiten Raum nimmt in der gegenwärtigen Kampagne die Beschwörung der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion ein. Die DDR erscheint in der Propaganda gleichsam als Kopilot, der an der Seite des stärkeren und erfahreneren Partners zu immer größeren Erfolgen bei der Eroberung des Weltraums, bei der technisch-wissenschaftlichen Entwicklung vorstößt. Entspricht das aber den Tatsachen? — In Wirklichkeit ist der hochbejubelte Fliegerkosmonaut doch nichts weiter als ein gnädig geduldeter Trittbrettfahrer des sowjetischen Raumfahrtprogramms! Und seine Herren, die Honecker, Stoph und Konsorten, zu deren höherer Ehre er in den Weltraum geflogen ist, sind doch auch selbst nichts anderes als Trittbrettfahrer der Großmachtstrategien der Breschnew und Kossygin! Sachwalter der Moskauer Herren sind sie bei der Unterdrückung und Ausplünderung der Werktätigen der DDR! Und alles Geschrei über „deutsch-sowjetische Freundschaft" hat nur den Zweck, diese Tatsache zu übertönen und sie vergessen zu machen.

„Großer Beitrag zur Sicherung des Weltfriedens" — so wird der Flug zur Raumstation Salut 6 tituliert. Aber angesichts der militaristischen Begleittöne der Propaganda, angesichts der ausführlichen Darstellung der Militärkarriere Jähns, angesichts der Appelle zur Steigerung der Wehrbereitschaft und angesichts der Bejubelung der Militärmacht der UdSSR erweisen sich die Friedenstiraden als hohles Geschwätz. Und nicht zuletzt wird der kriegerische Charakter des Weltraumfluges an den sogenannten „Forschungsaufträgen" der Kosmonauten selbst deutlich: Sie sollen mit aerokosmischen Mitteln „Fernerkundung der Erde" betreiben — mit anderen Worten: Spionage! —

Nun sind bald 30 Jahre seit der Gründung der DDR vergangen. Und nach 30 Jahren müssen die Werktätigen des angeblichen „Arbeiter- und Bauernstaats" eine negative Bilanz ziehen. Aus dem ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden ist ein sozialfaschistischer Mauerstaat geworden, in dem als neue Kapitalisten Bürokraten und Bonzen das Kommando führen. In den Betrieben wächst die Antreiberei mittels Normen und Prämien. Die Wirtschaft steckt hoffnungslos in der Krise, die Pläne werden nicht erfüllt, die landwirtschaftliche Produktion geht zurück. Das Wohnungselend wächst; die Versorgung mit Konsumgütern verschlechtert sich laufend. Die Herren Bonzen und Bürokraten aber leben in Saus und Braus! Da feiert die DDR-Presse den Weltraumflug nun als „wichtiges Ereignis in der Vorbereitung des 30. Jahrestages der Gründung der DDR". Und angesichts der miserablen Lage der Werktätigen, ihrer Unzufriedenheit, ihres zunehmenden Widerstands, angesichts der spontanen Kämpfe in Ost-Berlin und Erfurt wird die „Wichtigkeit" der Veranstaltung auch klar. Der Weltraumflug hat die Aufgabe, die Blicke der Werktätigen von der gesellschaftlichen Misere ab und hinauf in den Weltraum zu lenken. Doch so billig läßt sich die Bevölkerung nicht betrügen. Sie erkennt die wahren Schuldigen an ihrer elenden Lage immer besser. Sie hat den Kampf gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker aufgenommen. Und sie wird eines Tages die Herren Honecker und Co. samt ihrem „Neuen Deutschland", ihren Weltraumflügen und „Fliegerkosmonauten" dorthin schießen, wohin sie gehören: auf den Mond!

Der aktuelle Witz

Frage: Wieso sind in der letzten Zeit so viele neue Genossen in die Partei (SED) aufgenommen worden?

Antwort: Die Parteilosen säubern ihre Reihen!

***

Ein SEDler beobachtet, wie ein Bauer im Erzgebirge an einem Kruzifix Jesus die Füße küßt. Er sagt zu ihm: „Na, würdest du denn Honecker auch die Füße küssen?" Darauf der Bauer: „Natürlich — wenn er hier hängen würde!"

***

In Ostberlin ist ein fünfstöckiges Haus gebaut worden, und als es fertig ist, stellt man erschreckt fest, daß gar keine Toiletten darin sind. Das Baukollektiv berät hin und her, was zu tun ist. Schließlich schlägt ein Bauarbeiter vor: „Im ersten Stock, da machen wir eine Säuglingskrippe auf. Die machen sowieso noch in die Windeln. Im zweiten Stock richten wir einen Kindergarten ein. Die gehen noch auf den Topf. Im dritten Stock kann der Konsumvorstand seine Büros haben. Die bescheißen sich sowieso gegenseitig. Im vierten Stock zieht die Partei ein. Da darf sowieso keiner austreten. Und im fünften Stock quartieren wir das Büro des Staatsrats ein. Die fahren sowieso wegen jedem Schiß nach Moskau!"

***

Der „große Bruder"

Fragt der Lehrer im Unterricht: „Sind die Russen unsere Freunde oder unsere Brüder?" — Ein Schüler meldet sich und sagt: „Sie müssen unsere Brüder sein, denn Freunde kann man sich aussuchen."

***

Auf einem gemeinsamen Spaziergang finden ein DDR-Bürger und ein Russe einen Goldklumpen. Sagt der Russe: „Laß uns brüderlich teilen." Wehrt der Deutsche ab: „Also, ich bin mehr für halbe-halbe."

Z 20390 E

INFORMATION für die Truppe

„Kriege zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit sind notwendig und revolutionär"

Da die Sowjetunion Europa als den strategischen Brennpunkt betrachtet, werden die Länder sowohl Ost- als auch Westeuropas ihren Angriff als erste zu spüren bekommen. Sie sehen sich dem ernsten Problem der Sicherung ihrer nationalen Unabhängigkeit gegenüber.

Ist es prinzipiell richtig, daß in den Ländern der Zweiten Welt, besonders in den entwickelten Ländern Europas, heute die Losung der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit ausgegeben wird?

In verschiedenen Perioden der neueren Geschichte Europas haben die marxistisch-leninistischen Klassiker belegt, daß unter bestimmten Bedingungen Kriege zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit nicht nur erlaubt, sondern notwendig und revolutionär sind, ... für die entwickelten Länder Europas.

Die chinesische Theorie über die Dreiteilung der Welt

Ein Dokument aus der Volksrepublik China

Die von der Volksrepublik China herausgegebene „Peking-Rundschau" veröffentlichte im November 1977 einen gewichtigen Aufsatz, der aus dem Zentralorgan der chinesischen Partei, „Jen Min Jibao", entnommen war. Wir drucken im folgenden die wichtigsten Abschnitte dieses Dokumentes ab, das als die bedeutendste Erklärung zur Außenpolitik der chinesischen Regierung seit dem Tode Mao Tse-tungs gelten darf. Die chinesischen Angriffe auf die Sowjetunion, die — auch umfangmäßig — das Kernstück des Dokuments bilden, sind selbst unter Mao Tse-tung selten in dieser Schärfe formuliert worden.

Die Dreiteilung der Welt

In einem Gespräch mit dem Führer eines Staates der Dritten Welt im Februar 1974 sagte der Vorsitzende Mao: „Meiner Meinung nach bilden die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion die Erste Welt. Japan, Europa und Kanada, die Kräfte der Mitte, gehören zur Zweiten Welt. Wir sind die Dritte Welt ... Die Dritte Welt hat eine große Bevölkerung. Mit Ausnahme Japans gehört Asien zur Dritten Welt. Ganz Afrika gehört zur Dritten Welt und Lateinamerika ebenfalls."

„Die Zweite Welt ist eine Kraft, mit der man sich im antihegemonialen Kampf vereinigen kann"

Als er sich in den letzten Jahren mit den politischen Verhältnissen der Welt auseinandersetzte, betrachtete der Vorsitzende Mao die Länder der Zweiten Welt immer als eine Kraft, mit der man sich im Kampf gegen die beiden Hegemonialmächte vereinigen kann. Er sagte: „Wir müssen solche Länder wie Großbritannien, Frankreich und Westdeutschland für uns gewinnen."

Warum betrachtet man die Länder der Zweiten Welt als eine Kraft, mit der man sich im Kampf gegen den Hegemonismus vereinigen kann? Der Grund dafür ist, daß sich die Stellung dieser Länder in den internationalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der letzten 30 Jahre bedeutend geändert hat.

Natürlich gibt es noch zwischen dem Monopolkapital Westeuropas, Japans und anderer Länder und dem der USA 1001 Verknüpfungen, und natürlich müssen sich diese Länder angesichts der Bedrohung durch den sowjetischen Sozialimperialismus unter den „Schutzschild" der USA stellen. Aber dennoch wird ihr Kampf gegen die Kontrolle und für gleichberechtigte Partnerschaft weitergehen, wenn die USA weiterhin ihre Politik der Kontrolle verfolgen.

„Für Westeuropa geht die größte Gefahr vom sowjetischen Sozialimperialismus aus"

Aber für Westeuropa geht heute die größte Gefahr offensichtlich vom sowjetischen Sozialimperialismus aus, denn Europa ist der Brennpunkt

70

„Informationen für die Truppe":

„Theorie der drei Welten" abgedruckt

Sie werden an jede Kompanie in 15 Exemplaren verteilt und herausgegeben vom Bundesministerium für Verteidigung (Führungsstab der Streitkräfte): Die „Informationen für die Truppe". Auf 100 Seiten monatlich versuchen die westdeutschen Imperialisten mit diesen Heftchen die Soldaten in der Bundeswehr im Geist des Militarismus zu erziehen, sie ideologisch auf einen imperialistischen Krieg vorzubereiten. Daß die chinesischen Revisionisten ihnen dabei wertvolle Dienste erweisen können, zeigt besonders die August-Ausgabe der „Informationen". Auf 25 langen Seiten wird hier veröffentlicht: „Die chinesische Theorie über die Dreiteilung der Welt — ein Dokument aus der Volksrepublik China". Fast vollständig wird hier der „Peking Rundschau"-Artikel über die neue revisionistische Theorie vom November '77 abgedruckt.

Was den westdeutschen Imperialisten an dieser Theorie so gefällt, haben sie in Zwischenüberschriften in Fettdruck und Rot hervorgehoben: *„Die zweite Welt ist eine Kraft, mit der man sich im antihegemonialen Kampf vereinigen kann."* Oder: *„Kriege zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit sind notwendig und revolutionär."* usw. usf. Die Freundschaft zwischen den westdeutschen Militaristen und den Pekinger Revisionisten zeigt sich so nicht nur in gegenseitigen Besuchen (bekanntlich lassen sich ja chinesische Militärs besonders gerne auf NATO-Panzern fotografieren), sondern auch auf ideologischem Gebiet.

Und da eine Hand die andere wäscht, fährt demnächst der Faschist Rudel nach China, wo er sicherlich als einer der „weitsichtigen westdeutschen Persönlichkeiten" gefeiert werden wird. Die Nachsicht hat — die NPD. Denn Rudel war als Gast zum NPD-Landesparteitag nach Mannheim eingeladen worden. Er wird dort aber nur reden, falls er nicht bis dahin seine vorgesehene China-Reise angetreten hat.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Brauindustrie NRW: Provokation des Unternehmerverbands

Die richtige Antwort: Unbefristeter Streik

„Bier macht den Kompromiß erst schön" — so kommentierte die „Kölnische Rundschau" ironisch die unerwartete Wendung, die die Manteltarifrunde in der nordrhein-westfälischen Brauindustrie genommen hat. Nachdem die Verhandlungskommissionen bereits ihre Unterschrift unter den neuen Manteltarifvertrag gesetzt hatten, ließ der Verband der Brauunternehmer den Abschluß nachträglich doch noch platzen.

Hatten die Verhandlungskommissionen einen über den Durst getrunken, als sie zu später Stunde unter der Vermittlung des Landesschlichters Peter Kraft zu ihrer Einigung kamen? Wir nehmen es nicht an. Dennoch herrschte bei den Bonzen der DGB-Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) Katerstimmung, nachdem die Brauereiunternehmer durch ihr unverschämtes Taktieren den (zu Unrecht) als „bahnbrechend" gepriesenen Tarifabschluß einfach vom Tisch gewischt hatten.

Walter Schmidt, NGG-Landesvorsitzender, tobte: Der Vertrag sei rechtsverbindlich. Die Brauunternehmer seien wortbrüchig geworden. Schmidt kündigte an, man wolle eventuell vor Gericht gehen, um die Anerkennung des Vertrages einzuklagen. Fragt sich allerdings: Warum sorgten die NGG-Bonzen nicht dafür, daß den Brauereibossen für ihre Dreistigkeit umgehend die Lektion verpaßt wurde, vor der sie wirklich Angst haben? Warum organisierten sie nicht sofort den unbefristeten Streik? Die Antwort ist nicht schwer: Die Gewerkschaftsbonzen fürchten sich selbst vor dem Kampf der Arbeiter, denn sie stecken mit den Unternehmern unter einer Decke.

In der Brauindustrie wird seit Jahren brutal rationalisiert. So haben in NRW die Brauereibosse im Verlauf der vergangenen zehn Jahre 25 Prozent der Arbeitsplätze vernichtet. Allein im letzten Jahr waren es rund 1.000 Kollegen, die ihre Beschäftigung verloren. Gegenwärtig sind in den nordrhein-westfälischen Mälzereien und Braustätten noch knapp 17.000 Kollegen beschäftigt. Während Tausende von Brauereiarbeitern auf die Straße geworfen wurden, trieben die Bosse in den letzten zehn Jahren den Bierausstoß pro Beschäftigten um 81 Prozent in die Höhe. So haben die Bosse in diesem Industriezweig ihr Teil zur Bildung des Arbeitslosenheers beigetragen und dabei immer mehr Profit aus den Arbeitern herausgepreßt. Und in den kommenden Monaten und Jahren wollen sie diesen Rationalisierungsterror noch mehr verschärfen. In den Chefetagen liegen bereits weitere Pläne für Massenentlassungen und Stillegungen sogenannter „unrentabler" Braustätten.

Angesichts dieser Situation ist der entscheidende Maßstab für einen neuen Manteltarifvertrag: Inwiefern setzt er der Arbeitsplatzvernichtung Schranken? Eine entscheidende Rolle spielt in dieser Beziehung die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Haben die NGG-Bonzen einen Kampf organisiert, um die Brauerei-Kapitalisten zu möglichst großen Zugeständnissen in dieser Richtung zu zwingen? Mitnichten! Sie haben diesen Kampf sabotiert und verhindert. Was in dem (vorerst geplatzten) neuen Tarifvertrag vereinbart wurde, bedeutet Verrat an dem Ziel der 35-Stunden-Woche.

Zwar wurden Arbeitszeitverkürzungen festgelegt, aber nur für Kollegen ab 56 Jahren und auch für sie nur unter der Voraussetzung, daß sie seit mindestens zehn Jahren in der Brauindustrie beschäftigt sind (siehe Bericht im letzten RM). Das bedeutet: Allerhöchstens zehn Prozent der 17.000 Beschäftigten kommen in den Genuß der Arbeitszeitverkürzung. Überdies hat die Sache noch folgenden Haken: In dem Vertrag wird bewußt auf die Begriffe Arbeitszeitverkürzung oder Urlaubsverlängerung verzichtet. Wann und in welcher Form die „Arbeitszeitverkürzung" für die betroffenen Kollegen gewährt wird, bleibt der Willkür der Unternehmer anheimgestellt. Der Vertrag sieht vor, daß dies durch Betriebsvereinbarungen geregelt werden soll.

Praktisch bedeutet das: Ob die bezahlte Freizeit in Form von zusätzlichen Urlaubstagen oder als zwischengeschobene Freischichten oder wie auch immer zugestanden wird, entscheiden die Unternehmer in jedem Betrieb nach ihren Interessen: nämlich so, daß ihnen möglichst keine zusätzlichen Kosten entstehen. Sie können die Sache so „flexibel" handhaben, daß sie von ihren Plänen zur weiteren massenhaften Vernichtung von Arbeitsplätzen keine Abstriche zu machen brauchen.

Sicherlich: Die Vereinbarung bringt für die betroffenen älteren Kollegen ein Mehr an Freizeit, das sie angesichts der brutalen Arbeitshetze auch dringend brauchen. Aber trotz dieses positiven Faktors bedeutet der neue Vertrag einen Verrat an dem so notwendigen Kampf gegen Rationalisierungsterror und Arbeitsplatzvernichtung. Das Geschwätz von der „bahnbrechenden Rolle" dieser Vereinbarungen ist Augenwischerei und soll vertuschen, daß hier kein echter Schritt zur 35-Stunden-Woche gemacht wurde.

Warum aber haben die Kapitalisten den Vertrag dennoch vorerst platzen lassen? Der Hauptgrund ist wohl der: Angesichts der in der gesamten Arbeiterklasse immer massiver erhobenen Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich haben die mächtigsten Kreise des Monopolkapitals sich auf die Taktik verlegt, gegenüber jeder Forderung nach Arbeitszeitverkürzung absolute Unnachgiebigkeit zu demonstrieren. So hofft man, die Arbeiter zur Kapitulation bewegen zu können. Es ist offenkundig, daß die Brauereiunternehmer sich zu ihrem spektakulären Rücktritt von dem bereits geschlossenen Vertrag erst unter dem Druck übergeordneter Kapitalistenverbände und mächtiger Kreise des Monopolkapitals entschlossen. Nicht zufällig waren u. a. Vertreter des BDA (Bund Deutscher Arbeitgeber) und von Gesamtmetall bei der entsprechenden Sitzung des Brauunternehmer-Verbandes anwesend. Auch der Generalbevollmächtigte des Oetker-Konzerns hatte aus vollen Rohren gegen den Tarifabschluß geschossen.

Unter anderem warfen diese Monopolherren dem Brauunternehmerverband vor, er habe nicht versucht, die Verhandlungen entsprechend zu verzögern, um eine zeitliche Überschneidung mit der Lohntarifrunde (die inzwischen bereits eingeläutet ist) zu erreichen. Jetzt scheint diese Überschneidung doch stattzufinden. In der vergangenen Woche fand die erste Verhandlungsrunde für Lohn- und Gehaltstarife statt. Die Überschneidung gibt den Bossen und Bonzen die Möglichkeit, die Forderungen zum Lohn- und zum Manteltarifvertrag gegeneinander auszuspielen. Ohnedies peilen die NGG-Bonzen in dieser Lohntarifrunde wieder einen unverschämten Niedrigabschluß an: Sie fordern nur 7 Prozent.

Für die Brauereiarbeiter gilt es jetzt, auf der Hut zu sein. Die Kollegen müssen einen selbständigen Kampf für ihre Forderungen aufnehmen, auch wenn das nicht einfach ist. Nur so kann dem unverschämten Taktieren der Kapitalisten und dem Verrat der Gewerkschaftsbonzen begegnet werden. Die Marschrichtung in diesem Kampf muß unserer Meinung nach so aussehen:

- **Konsequenter Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Der neue Manteltarifvertrag muß bei vollem Lohnausgleich eine spürbare Verkürzung der wöchentlichen bzw. täglichen Arbeitszeit für alle Beschäftigten sichern.**
- **Kein Gegeneinanderausspielen von Lohnforderungen und Forderungen zum Manteltarifvertrag! Es muß konsequent für eine echte Erhöhung der Löhne und Gehälter gekämpft werden.**
- **Umgehend muß der unbefristete Streik für diese Forderungen organisiert werden. Das ist die Sprache, die die Unternehmer verstehen. Nur dadurch können akzeptable Tarifabschlüsse für die Arbeiter und kleinen Angestellten erzwungen werden.**

Betrüger am Werk

Der Zynismus der NGG-Bonzen gegenüber der eigenen Mitgliedschaft kommt übrigens auch an ihrem Manipulieren mit der angekündigten Urabstimmung über den neuen Tarifvertrag zum Vorschein. Die Brauunternehmer rechtfertigten ihre nachträgliche Distanzierung von dem vereinbarten Vertrag mit dem Argument, von beiden Seiten sei die Zustimmung dazu ja noch nicht endgültig verbindlich. Daraufhin erklärte die NGG-Führung plötzlich zu der vorher groß angekündigten Urabstimmung, diese sei ja gar nicht als echte Urabstimmung geplant gewesen, sondern nur als unverbindliche Mitgliederbefragung. Wenn dem aber so ist, dann haben die Herren Gewerkschaftsführer doch offensichtlich ihre Mitglieder an der Nase herumgeführt — oder vielleicht nicht?

700 Kollegen sollen entlassen werden

Vor allem im Warmwalzwerk bei Klöckner in Bremen regt sich Widerstand gegen die geplanten Entlassungen. Für Mittwoch, den 30.8.78 setzt der Betriebsrat eine Abteilungsversammlung im Warmwalzwerk an. Doch kurz vorher wird sie vom Werksvorstand untersagt. Er „hält den Zeitpunkt für zu früh, da die Überlegungen noch nicht abgeschlossen sind". Auf den Steuerständen herrscht Stimmung. Es hätte nicht viel gefehlt, und die Kollegen hätten trotz Verbot die Straße abgestellt, um sich zu versammeln.

Donnerstag, den 31. 8. ist Kaltschicht. Alle drei Schichten führen Versammlungen durch, die bis zu eineinhalb Stunden dauern. Auf einer Schicht wird die Versammlung von einem revolutionären Vertrauensmann organisiert. Hier wird einstimmig nebenstehende Protesterklärung verabschiedet. Die Kampfbereitschaft der Kollegen zeigt sich auch in der Diskussion über die Überstunden. Mehrere Kollegen erklären auf der Versammlung, daß man keine Überstunden mehr machen solle, wenn die Auflösung einer ganzen Schicht geplant sei. Eine Abstimmung verläuft wieder einstimmig gegen Überstundenleistung.

Und die Betriebsräte? Jetzt, wo das Bekanntwerden der Entlassungspläne zu einer starken Bewegung unter den Kollegen geführt hat, geben sie sich ausgesprochen „arbeiternah". Im Warmwalzwerk sind sie zur Zeit sogar nachts für die Kollegen zu erreichen. In Wirklichkeit wußten sie aber schon sehr lange, was Sache ist. Die Abwicklung der jetzt anstehenden Entlassungen wurde von ihnen mit den Kapitalisten schon im Februar in einem entsprechenden Sozialplan geregelt, als von den Entlassungen offiziell noch gar keine Rede war. Ziel dieses Plans ist es, die Entlassungen „unblutig" zu bewältigen. Deshalb fordert der Betriebsrat, den heute für 59jährige und ältere Kollegen geltenden Sozialplan nun auch für 57- und 58jährige anwenden zu können.

Aber die Kollegen sind nicht bereit, die Entlassungen kampflos hinzunehmen. Die Versammlungen im Warmwalzwerk waren ein erster Erfolg.

Für die kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze!

Protesterklärung

Wir protestieren gegen die Absicht des Werksvorstandes, die vierte Schicht im WW2 aufzulösen. Wenn dieser Plan verwirklicht wird, heißt das für uns:

- **60 bis 70 Kollegen Lohnempfänger verlieren ihren Arbeitsplatz.**
- **Die übrigen Kollegen — auch in den Nebenbetrieben — verlieren durch den Verlust der Samstagnacht- und Sonntagschichtzuschläge bis zu 250 DM im Monat.**
- **Eine ganze Reihe von Kollegen muß mit Herabstufung ihrer bisherigen Lohngruppe rechnen.**
- **Mit der verringerten Belegschaft soll die gleiche Produktion aufrechterhalten werden, was für die verbleibenden Kollegen noch mehr Hetze und Belastung bringen wird.**

Wir lehnen deshalb die Pläne des Werksvorstandes ab und fordern, daß die vierte Schicht bleibt.

Einstimmig verabschiedet von der Nachtschicht der WWII am 31.8.1978.

1.500 Michelin-Arbeiter im Streik

IG-Chemie-Bonzen verraten den Kampf

Fortsetzung von Seite 1

le Elemente", die die Arbeiter „verführt" hätten. Die Unternehmer wollten so dem Streik das Rückgrad brechen. Aber sie erreichten gerade das Gegenteil: Der Streik wurde um so geschlossener geführt.

Die Sitmmung vorm Tor ist glänzend. Der Werkschutz wird ausgebuht, sobald er in Sichtweite kommt.



„Michelin verdient sich dumm, Arbeiter schaffen sich krumm!" Parole auf der Kundgebung in der Innenstadt.

Die Spätschicht sperrt 30 Meter vor den Toren die Straße. Die ankommenden Kollegen der Nachtschicht schließen sich dem Streik an. Hunderte sind vor den Toren versammelt. Am Freitag steht die Streikfront immer noch ungebrochen. Die Kollegen sind entschlossen, am Montag weiterzumachen.

Und die IG-Chemie-Führung? Der Bezirksgeschäftsführer, Hans Eßwein, hatte bereits in sämtlichen Zeitungs- und Rundfunk-Interviews getönt, daß dies kein von der Gewerkschaft geführter Arbeitskampf sei. Daher zahle die Gewerkschaft auch keinen Pfennig Streikgeld. **Trotzdem** steht die Streikfront der Kollegen. Doch hinter ihrem Rücken zieht der Gewerkschafts-Apparat einen empörenden Verrat durch. Das freie Wochenende ausnutzend, verhandelt Oberbonze Werner Vitt vom Hauptvorstand der IG Chemie mit der Michelin-Geschäftsleitung. Ihre schmutzige Absprache: Die Gewerkschaftsführung sorgt für Wiederaufnahme der Arbeit, dafür ergreift die Geschäftsleitung keine Repressalien gegen die Streikenden. Von den Forderungen der Kollegen ist keine Rede. Ja, nicht einmal die bereits ausgesprochenen fünf Entlassungen sollen aufgehoben werden.

Montag früh: Streikversammlung außerhalb des Werks. Werner Vitt will den ausgehandelten Verrat durchpeitschen und fordert zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Auch eine Delegation von RGO-Betriebsräten ist da. Unter dem Beifall der Kollegen verliest sie eine Solidaritätserklärung der RGO und protestiert gegen die schmutzige Streiksabotage der IG-Chemie-Führung. Doch den Bonzen gelingt es vorläufig, die Streikversammlung der Kollegen systematisch zu zerreden. Die Forderungen der Kollegen, eine gemeinsame Versammlung aller drei Schichten durchzuführen und solange weiterzustreiken, bis die fünf Entlassungen wieder eingestellt sind („Einer für alle, alle für einen") wird von Vitt und seinen Handlangern, wie zum Beipiel Betriebsrat Schick, abgewürgt: Es sei unfair gegenüber allen, wenn nur wegen der fünf Kollegen weitergestreikt würde!

Mit dem Satz: „Ich lasse euch nicht im Stich; ich stehe an der Spitze eures Kampfes; ich fahre mit euch bis ans Werktor", karrt Vitt die Kollegen vor die Tore und fordert sie auf, reinzugehen. Um 10.30 Uhr findet im Werk die Betriebsversammlung für die Frühschicht statt. Mit diesem hinterhältigen Trick werden die Kollegen wieder ins Werk gelockt. Damit soll auch der Streik der Spät- und Nachtschicht gebrochen werden. Ob das gelingen wird, bleibt abzuwarten. IG-Chemie-Bonze Vitt und seine Verräter-Clique jedenfalls werden alles daransetzen, den Streik endgültig zu zerschlagen.

Die RGO in Karlsruhe hatte inzwischen 293,67 Mark gesammelt, um die Streikposten mit Verpflegung zu unterstützen. Jetzt wurde das Geld erstmal einem Michelin-Kollegen übergeben, der das Vertrauen seiner streikenden Kollegen besitzt. Er hat zugesichert, es denjenigen Kollegen zukommen zu lassen, die wegen des Streiks in Schwierigkeiten geraten. Damit ist gesichert, daß das Geld nicht in die Kasse der Verräter von der IG Chemie gerät.

Privater Paketdienst UPS

Eine Knochenmühle sondergleichen!

Korrespondenz. Man sieht die eleganten braunen Paketautos mit dem goldenen UPS-Zeichen seit einiger Zeit in fast jeder Großstadt. Und das immer häufiger. Auch hier in Münster hat man sich schon daran gewöhnt. Der amerikanische Konzern hat hier seine Niederlassung am Bulderweg.

Die bei UPS beschäftigten Paketfahrer sind selten älter als 30 Jahre. Und das hat schon seine Gründe. Denn die wenigsten älteren Kollegen können den Streß bei UPS lange aushalten. Wer bei UPS anfängt, kann — wenn er vorher seinen Arbeitsvertrag genau durchliest — sich so ungefähr ausrechnen, was ihn bei dieser Firma alles erwartet. Da heißt es zum Beispiel:

„Die Vertragspartner sind sich darüber einig, daß auf das Vertragsverhältnis kein Tarifvertrag Anwendung findet. Die Höhe des Lohnes wird in angemessenen Abständen unter Berücksichtigung der erbrachten Leistung revidiert.“

Tarifvertrag? Bei uns nicht!

UPS ist in keinem Tarifverband organisiert. Hier gibt es keine Tarifverträge, die den Kollegen einen bestimmten Lohn und bestimmte Arbeitsbedingungen garantieren. Die UPS-Bosse wollen völlig freie Hand haben für ihre brutale Willkür. Dadurch haben sie mehr Möglichkeiten, die Kollegen bis zum äußersten anzutreiben und auszubeuten. Es ist bezeichnend, daß die Arbeitsverträge, die man bei UPS unterschreiben muß, folgenden Passus enthalten:

„Sollte irgendeine Bestimmung dieses Vertrages der Rechtsgültigkeit entbehren oder eine Lücke im Arbeitsvertrag vorhanden sein, so soll aus dem Sinn und Zweck dieses Vertrages heraus eine angemessene Regelung, die dem, was gewollt ist, am nächsten kommt, gelten.“

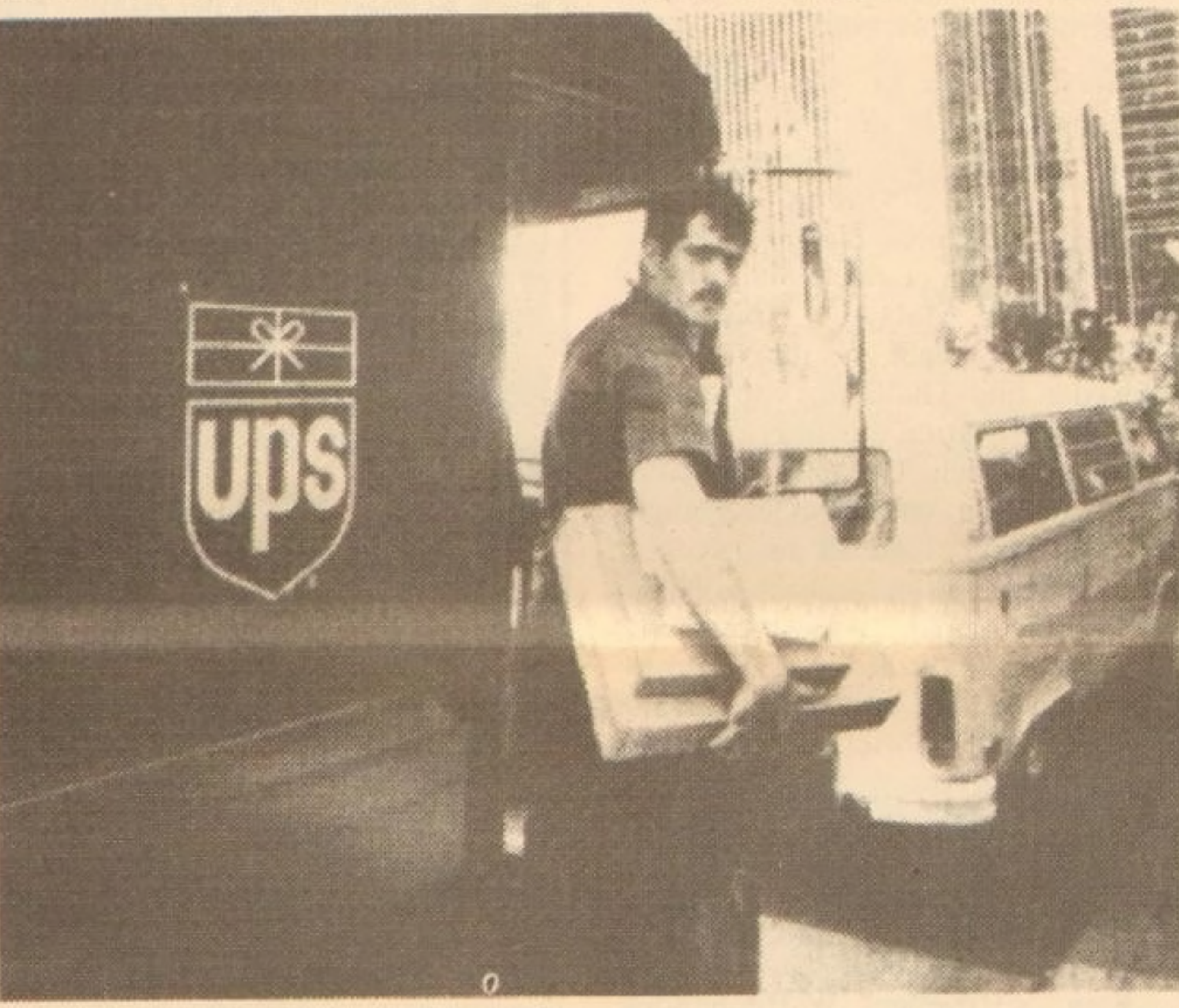
„Dem, was gewollt ist“ — was darunter zu verstehen ist, liegt auf der Hand: Die UPS-Arbeiter sollen bedingungslos auf ihre Rechte verzichten und sich schrankenlos für den Profit der UPS-Konzernherren auspressen lassen. Dabei ist das eine klar: Gäbe es nicht ein Millionenheer von Arbeitslosen in unserem Land, gäbe es nicht Hunderttausende Proletarier, die durch Dauerarbeitslosigkeit materiell und seelisch schwer bedrückt sind — die UPS-Kapitalisten würden wohl kaum jemanden finden, der bereit wäre, unter solchen Bedingungen seine Haut zu verkaufen.

Was sich aus den Zeilen des Arbeitsvertrages bereits abzeichnet, wird von der Realität denn auch noch übertroffen: Bei UPS wirst du erbarmungslos getrieben und schikaniert. So besteht zwar laut Arbeitsvertrag der 8-Stunden-Tag. Aber der steht nur auf dem Papier. Die Touren, die den Fahrern zugeteilt werden, sind so bemessen, daß fast täglich Überstunden gemacht werden müssen. Bei UPS heißt ein ungeschriebenes Gesetz: Kein Paket darf abends zurückgebracht werden. Die Kollegen müssen solange fahren, bis auch das letzte Paket ausgetragen ist.

Kranke Kollegen werden erpreßt

Selbst Fahrer, die ihre Tour sehr gut kennen, schaffen das Pensum in der Regel nur, wenn sie erstens rasen und zweitens auf die einstündige (gesetzlich vorgeschriebene) Mittagspause verzichten. Dadurch besteht natürlich ein hohes Unfallrisiko. Im übrigen erhält man die Mittagspause so oder so nicht bezahlt, auch wenn man wegen des starken Zeitdrucks durchfährt. Zynisch wird dann den Fahrern gesagt: *„Wieso Bezahlung? — Sie sollen ja ihre Mittagspause einhalten; das ist doch gesetzlich vorgeschrieben.“*

Bei dieser Hetze ist es unvermeidlich, daß UPS-Fahrer häufig mit überhöhter Geschwindigkeit von der Polizei erwischt werden. Die zum Teil erheblichen Geldstrafen aber müssen die Kollegen selbst bezahlen. Und klar ist auch, daß es unter solchen Umständen relativ häufig zu Unfällen kommt. Hat ein Fahrer dann drei- bis viermal Pech gehabt und Unfälle gebaut — dann kommen auch noch die Vorgesetzten an und drohen ihm mit Rausschmiß. Dabei werden die Kollegen von den Bossen in jeder Beziehung dahin gedrängt, Sicherheitsrichtlinien und Fahrregeln zu durchbrechen. Beispielsweise wurde einem Fahrer praktisch befohlen, trotz erheblicher Überschreitung des zulässigen Gesamtgewichts bei seinem Fahrzeug die Pakete eines UPS-Kunden aus Bentheim nach Münster zu fahren. Mehrmals hatte der Fahrer darauf gedrängt, daß ein größerer LKW diesen Kunden übernehmen soll.



Aber mit solchen Einwänden stößt man hier auf taube Ohren. „Sie müssen das machen. Es wird schon nichts passieren!“ heißt es da immer. Passiert aber doch etwas, so sind die Fahrer die Dummen.

Die karrierehungrigen UPS-Vorgesetzten kennen kaum Skrupel, wenn es darum geht, die Fahrer zur Arbeit zu treiben. Mehreren Kollegen im Münsteraner „Center“ passierte zum Beispiel folgendes: Während sie krankgeschrieben waren und auch eine ordnungsgemäße Krankmeldung beim Betrieb vorlag, wurden sie zu Hause angerufen und gedrängt, dennoch zu fahren, „weil keine Leute da sind“. In einigen Fällen setzte man dabei sogar die Ehefrauen unter Druck, indem man „dezent“ andeutete: „Ihr Mann steht ja schon auf der Abschußliste“ oder ähnliche Unverschämtheiten.

Wer nicht spurt, bekommt die Papiere

Ein anderer Fall: Am Freitag abend, nach ihrer Rückkehr von der Tagesfahrt, wurden Kollegen gefragt, ob sie nicht am Samstag arbeiten könnten, da noch Pakete ausgefahren werden mußten. Mehrere Kollegen lehnten ab, wobei sie triftige Gründe anführten. Diese Kollegen waren, gelinde gesagt, verwundert, als sie dann in der Nacht aus dem Schlaf geklingelt wurden und der Telegrammbote vor der Tür stand. Man denkt an einen Sterbefall in der Familie oder ähnliches. Was aber stand in dem Telegramm? „Sie müssen morgen um 8 Uhr am Arbeitsplatz erscheinen.“ Einige Kollegen ließen sich auch von diesem unverfrorenen Befehl nicht beeindrucken, sie bestanden auf ihrem freien Samstag. Da flatterte ihnen in der Woche darauf dann eine Verwarnung ins Haus. Und zwar heißt es in dem Schrieb als Begründung für die Verwarnung: „Arbeitsverweigerung“. Außerdem wird darin gedroht: „Im Wiederholungsfall...“ Das Weitere kann man sich denken.

Und schnell ist man bei UPS mit Entlassungen bei der Hand! In Münster wurde ein Kollegen gefeuert, weil er — zurückgekehrt von einer Tagestour und bereits zwei Überstunden auf dem Buckel — sich weigerte, im „Center“ nun auch noch Arbeiten am Band zu machen. Auf der Stelle wurde ihm die Beurlaubung ausgesprochen, die dann in eine fristgerechte Kündigung umgewandelt wurde. Und da der Kollege noch kein volles halbes Jahr bei UPS beschäftigt war, hatte er folglich keinerlei Anspruch auf Kündigungsschutz und konnte sich deshalb juristisch nicht dagegen wehren. Denn in dem Kündigungsschreiben war natürlich der Entlassungsgrund gar nicht angegeben. Da hieß es ganz einfach: „Hiermit kündigen wir Ihnen fristgerecht.“ Als zusätzliche gemeine Schikane schrieben die Bosse in die Papiere für das Arbeitsamt: „Hat selbst gekündigt.“ Bei „selbstverschuldeter Kündigung“ gibt es bekanntlich einen Monat Sperrfrist, also kein Arbeitslosengeld.

UPS fürchtet die Solidarität der Arbeiter!

Die größte uns bekanntgewordene Schweinerei, die die UPS-Mafia sich gegenüber den Arbeitern leistete, gab es in Bochum. Es war Ende März dieses Jahres. Ein Fahrer, der an jenem Tag bereits mit Nasenbluten zur Arbeit gekommen war und damit den ganzen Tag seine Last hatte, weigerte sich, am Abend noch Überstunden zu machen. Wie das bei UPS so üblich ist, hatte er es bis 17 Uhr nicht schaffen können, alle Pakete wegzubringen. Trotz seines Nasenblutens befahl man ihm, diese Pakete noch rauszufahren. Aber der Kollegen blieb standhaft. Da wurde er auf der Stelle fristlos beurlaubt. Am nächsten Morgen kam der Kollege trotzdem zur Arbeit, und er begann wie gewohnt mit dem Laden. Nun wurde die Beurlaubung ausdrücklich bestätigt.

Jetzt war das Maß aber voll! Von den 15 weiteren Fahrern solidarisierten sich 12 Kollegen mit ihm. Sie traten in den Streik und forderten eine Stellungnahme der Geschäftsleitung. Zunächst kam stundenlang keine Reaktion. Dann hieß es plötzlich: Innerhalb von zwei Minuten sei die Arbeit wieder aufzunehmen, ansonsten würden alle Streikenden entlassen. Die Kollegen aber verlangten zunächst von der Geschäftsleitung eine Zusicherung, daß aus ihrer Aktion keine für sie nachteiligen Folgen entstehen dürften. Da erhielten die Kollegen prompt die Kündigung! Genauso schrieben die UPS-Arbeiterschinder auch in diesem Fall in das betreffende Formular für das Arbeitsamt, die Kollegen hätten selbst gekündigt.

So erbärmlich und empörend dieses Vorgehen der UPS-Kapitalisten auch war — es zeigt aber auch, wie groß ihre Furcht davor ist, daß die Arbeiter sich trotz all der Einschüchterung und Erpressung miteinander solidarisieren und daß sie sich zusammenschließen. Gegenwärtig läuft übrigens in dieser Sache in Bochum noch ein Arbeitsgerichtsprozeß. Die Kollegen haben gegen die Entlassungen Klage eingereicht.

Die „feine amerikanische Art“

Ihre Methode, den Profit durch geradezu faschistische Terrormethoden bei der Ausbeutung der Arbeiter hochzutreiben, haben die deutschen UPS-Niederlassungen aus den USA importiert, dem Stammsitz des Konzerns. Zweifellos sind auch die deutschen Kapitalisten in dieser Hinsicht alles andere als feinfühlig. Aber in mancher Beziehung sind ihnen die amerikanischen Bosse da doch noch etwas voraus. Typisch ist das System der Heranziehung von „Führungskräften“, auf das die UPS-Herren so stolz sind. Die UPS-Antreiber rekrutieren sich nämlich in der Regel aus ehemals einfachen Arbeitern der Firma. Aus solchen Elementen, die den Ausweg aus dem Geschundensein darin erblicken, selbst zum Schinder „hochzusteigen“. Und wer bei UPS anfängt, dem wird meist schon am Anfang eröffnet: *„Wenn Sie eine besondere Leistung bringen, dann können Sie bei uns aufsteigen. Jeder unserer Manager hat hier früher einmal als Fahrer angefangen.“*

Man kann sich leicht vorstellen, worin die „besonderen Leistungen“ bestehen, mit denen man bei UPS „aufsteigen“ kann. Die es hier „zu etwas bringen“, das sind in der Regel die gemeinsten Lumpen, die man sich denken kann. Für diese meist ziemlich jungen Typen waren Solidarität oder Kameradschaftlichkeit immer schon Fremdworte. Es sind Karrieristen, deren Grundprinzip es ist, ohne Arbeit zu möglichst viel Geld zu kommen. Bei UPS schaffen es einige solcher Typen tatsächlich als härtgesottene Karrieristen die Rangleiter hochzuklettern, besonders, wo der Konzern in Europa noch in der Aufbauphase ist. So züchtet sich UPS systematisch jene Figuren, die oft auch mit dem Begriff „junger dynamischer Unternehmer“ beschrieben werden und die, wenn „das Geschäft“ es erfordert, zu jeder Gemeinheit fähig sind. Nach oben kriecht und taktiert er. Nach unten tritt er erbarmungslos. Jeder einfache UPS-Fahrer kann von solchen Typen ein Liedchen singen!

Allerdings ist eines auch klar: Die UPS-Bosse werden es immer häufiger mit Arbeitern zu tun bekommen, die sich nicht mehr einschüchtern lassen. Wobei man seine Hoffnungen nicht auf den Gewerkschaftsapparat setzen sollte. In Münster haben sich Kollegen in dieser Sache schon einmal an die Gewerkschaft gewandt und wurden abgewimmelt. Die DGB-Bonzen stören solch brutale Ausbeutungsmethoden doch gar nicht. Bekanntlich geht es in der DGB-eigenen Betrieben auch nicht gerade sozial zu. Aber Vorfälle wie der Streik der Kollegen in Bochum zeigen, daß immer mehr Kollegen trotz schwerer Bedingungen selbständig kämpfen. Im Westberliner UPS-Betrieb gab es vor gut einem Jahr auch schon einen Streik. Auch in Münster war die Stimmung — so berichteten Fahrer — einige Male kurz vor dem Siedepunkt. Und wir hoffen, daß es in absehbarer Zeit gelingt, RGO-Gruppen bei UPS zu schaffen. Dann sind die Kollegen besser gerüstet und für die UPS-Bosse werden sehr unruhige Zeiten anfangen!

Was ist UPS?

UPS ist ein privatkapitalistischer amerikanischer Dienstleistungs-Konzern, der in den USA bereits seit der Zeit vor dem 1. Weltkrieg existiert. Er beschäftigt insgesamt 80.000 Menschen, überwiegend Kraftfahrer. In den USA hat UPS vor einigen Jahren die staatliche Post an Umsatz überholt. Seit zwei Jahren besteht nun die UPS Deutschland GmbH. Inzwischen verfügt UPS bereits in jeder Großstadt und nahezu schon in allen mittelgroßen Städten Westdeutschlands und in Westberlin über ein sogenanntes Center (der örtliche Betrieb). Vom Center aus werden die Pakete in einem Verteilungsraum transportiert, und hier geben die in diesem Raum ansässigen Firmen ihre Pakete auf. Der Konzern plant, auch in anderen Ländern Westeuropas Zweigfirmen aufzumachen (als nächstes wohl in Frankreich).

Wie kann UPS gegen die staatliche Post anstinken?

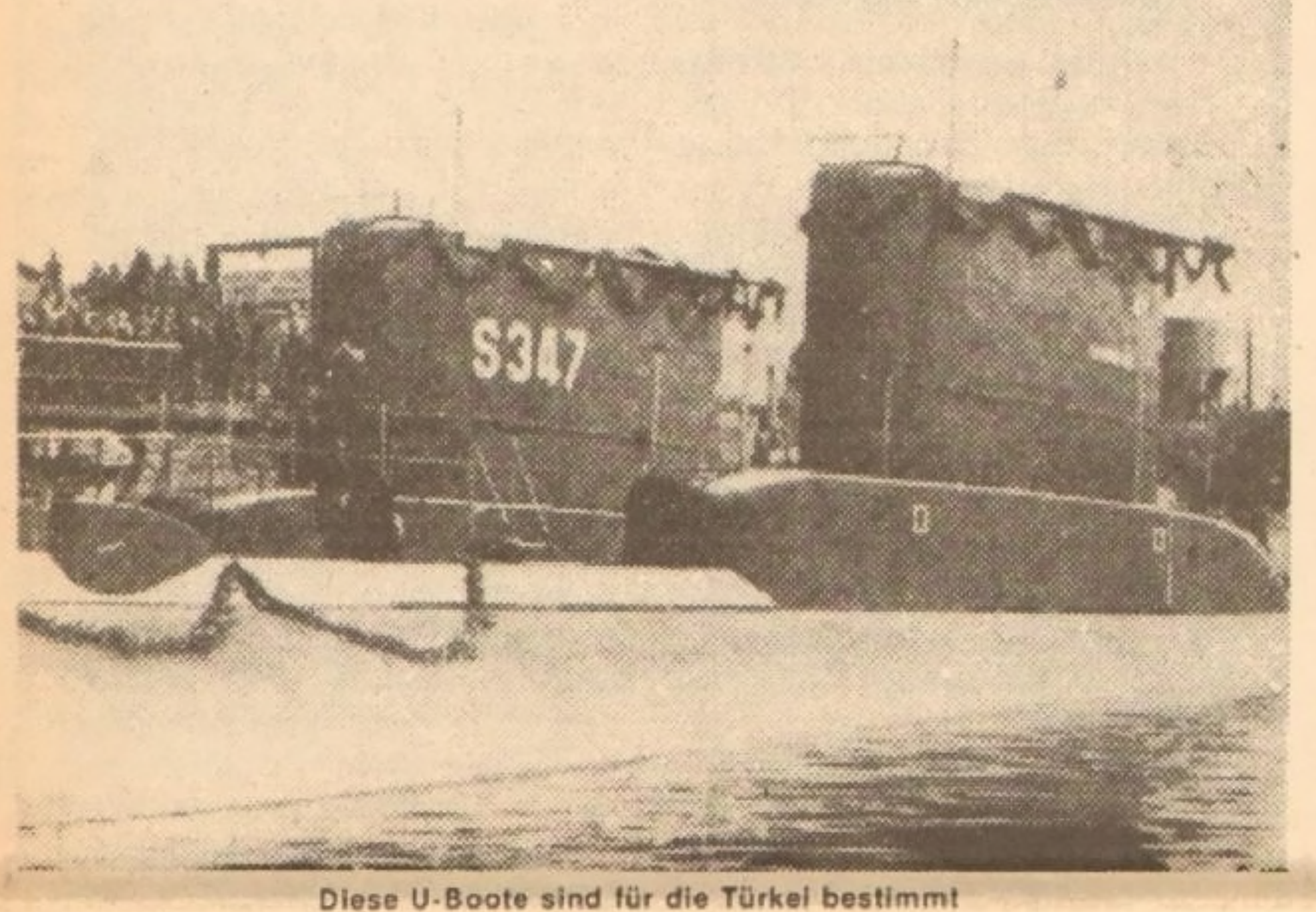
In der sogenannten „freien Marktwirtschaft“, also im Kapitalismus, steht es bekanntlich jedem Unternehmer frei, in jeder Branche, in der er sich hohe Profite versprechen kann, ein Unternehmen aufzumachen (vorausgesetzt natürlich, daß er über genügend Kapital verfügt). Gegenüber der staatlichen Post hat UPS einige Vorteile. Die Post ist nämlich beförderungspflichtig, das heißt sie ist verpflichtet, einen Brief oder ein Paket auf jeden Fall zu befördern, auch wenn der Absender nur einmal im Jahr etwas verschicken will. Dagegen kann UPS sich die Kunden aussuchen. Wenn Tante Erna mal ein Päckchen verschicken will, würde UPS das nicht annehmen. UPS bedient nur Kunden, bei denen es sich auch lohnt. Also Firmen, die eine bestimmte Mindestpaketmenge pro Woche garantieren. Diese Pakete kann UPS dann zu einem billigeren Tarif und schneller befördern als die Post. Deshalb wechseln immer mehr Kapitalisten von der Post zu UPS über, während der Post mehr und mehr nur noch die „unrentablen“ Kunden bleiben. Diese schleichende Tendenz zur Privatisierung von bisher staatlichen Dienstleistungsunternehmen ist bei der Paketbeförderung schon seit Jahren zu beobachten. Auch vor der UPS gab es schon den „Deutschen Paketdienst“ und einige regionale Unternehmen (im Raum Münster den „Hermesversand“). Aber gegen den amerikanischen Konzern kommen die kleineren Firmen nicht an. UPS ist hier der Hecht im Karpfenteich. Ein Grund für das Aufkommen von UPS liegt in der seit Jahren bestehenden Massenarbeitslosigkeit. Skrupellos nutzt UPS diesen Umstand aus und wirbt zu niedriger Bezahlung (gegenwärtig 9,25 DM Stundenlohn) Fahrer an, die dann erst nach einigen Wochen merken, in welche Knochenmühle sie da geraten sind. Vor einiger Zeit hat es in Presse und Fernsehen einigen Rummel über die private Postkonkurrenz, vor allem über UPS gegeben. Postminister Gscheidle tönte lauthals über „unlauteren Wettbewerb“ usw. Aber bis heute blieb es bei solchen Worten. Schließlich vertritt der Staat ja auch nur die Interessen der Kapitalisten. Im übrigen: Auch die Post als staatliches Unternehmen arbeitet nach dem kapitalistischen Profitprinzip und rationalisiert rücksichtslos auf dem Rücken der kleinen Postbediensteten. 31.000 Arbeitsplätze wurden bei der Bundespost in den letzten vier Jahren vernichtet. Die Vernichtung von weiteren 30.000 Arbeitsplätzen hat Gscheidle schon angekündigt. Die UPS-Konkurrenz ist da für Gscheidle und Co. ein guter Vorwand, um diesen Rationalisierungsterror zu rechtfertigen.

Das verbrecherische Geschäft mit den Waffen

Offiziell gibt es ihn gar nicht, den deutschen Waffenexport. Im Jahrbuch des Statistischen Bundesamtes zum Beispiel kann man im einzelnen nachlesen, wieviel Christbaumschmuck in welche Länder exportiert wird. Ein Posten Waffen, Kriegsgerät oder ähnliches taucht dagegen in der Exportstatistik überhaupt nicht auf.

Dabei gewinnt der Export von Waffen und Kriegsgerät eine immer größere Bedeutung für die Rüstungsproduktion der westdeutschen Unternehmer. Ein Beispiel: Howaldts Deutsche Werft. Hier beträgt der Exportanteil an der Rüstungsproduktion ca. 50 Prozent!

In das große Geschäft mit dem Waffenhandel stiegen die deutschen Rüstungsproduzenten bereits zu einem Zeitpunkt ein, als ihnen offiziell noch jede Kriegsproduktion verboten war. Nämlich in der ersten Hälfte der 50er Jahre. Nehmen wir den Bereich der Marine. Die Nachkriegsgeschichte deutscher Rüstungsexporte begann hier 1953 in Bayern. Die kleine Werft Theodor Hitzler in Regensburg lieferte damals fünf kleine Flußkampfschiffe an die belgische Kriegsmarine. Im August 1954 erfolgte der erste Rüstungsexport nach Übersee, als die Bremer Werft Herrmann Havighorst die beiden ersten von insgesamt sechs Schnellbooten nach Ecuador auslieferte (die restlichen Schiffe folgten 1955). Auch die mit Minenräumbooten gut im Geschäft liegende Werft Abeking & Rasmussen in Lemwerder lieferte von 1954 bis 1957 zehn Schiffe á 140 t an die indonesische Marine. Wie man sieht, kam der deutsche Rüstungsexport schnell wieder in Fluß. Und bis Ende 1971 waren es bereits acht größere Schiffe, 29 U-Boote, 66 Schnellboote und 57 Kleinkampfboote, die an 23 Nationen verkauft wurden.



Diese U-Boote sind für die Türkei bestimmt

Und heute? Heute liefern westdeutsche Rüstungskonzerne Panzer, Kriegsschiffe, Gewehre usw. in aller Herren Länder. An NATO-Mitgliedstaaten, an Staaten außerhalb der NATO und auch — trotz gegenteiliger Beteuerungen — in sogenannte Spannungsgebiete. Und das, obwohl die Lieferung von Waffen in Regionen, in denen es kriegerische Auseinandersetzungen gibt, nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz von 1961 verboten ist!

Kaum jemand kennt das Ausmaß dieses verbrecherischen Geschäfts mit den Waffen. Denn die Rüstungskonzerne, die die Empörung der Werktätigen über den Waffenhandel kennen und fürchten, setzen alles daran, ihre Waffenexporte geheim zu halten, sie zu verschleiern und zu vertuschen.

Zwei Tricks der Rüstungsindustrie

Dabei gibt es im wesentlichen zwei Methoden. Zum einen werden Rüstungsgüter einfach als Maschinen, Fahrzeuge usw. deklariert. Ein Beispiel: Flottenadmiral Rolf Boehe stellte stolz fest: „So sind denn heute die meisten westlichen Schnellboote und Patrouillenboote mit Dieselmotoren der MTU ausgestattet, gleichgültig, ob sie in der Bundesrepublik Deutschland, in Europa oder in Übersee gebaut werden." Diese Motoren jedoch werden nicht als Rüstungsgüter geführt. Ein anderes Beispiel: Der MBB-Konzern stellt den Kampfhubschrauber BO-105 her. Für den Export wird er in einer sogenannten Zivilversion geliefert. Allerdings kann ihn dann der Käufer „mit ein paar Handgriffen" in einen Kampfhubschrauber verwandeln.

Die zweite — für die westdeutschen Waffenhändler wichtigere — Methode des verschleierten Waffenexports ist die Kooperation mit ausländischen Konzernen bzw. die Verlagerung der Produktion ins Ausland. Vom Kampfpanzer „Leopard" etwa wird von einer westdeutsch-italienischen Firmengruppe eine eigens für den Export bestimmte „tropentaugliche" Version mit dem Namen „Lion" angeboten. An der Gruppe sind beteiligt: die eigentlichen Produzenten Krauss-Maffei (Flick), MAK (Krupp), Blohm + Voss (Thyssen) und auf italienischer Seite OTO-Melera, Fiat, Lancia. Die Sache sieht dann so aus: Die Teile des Panzers werden in das NATO-Land Italien geliefert und OTO Melera übernimmt dann die Endmontage und den Verkauf auf den internationalen Märkten. Ähnlich läuft es auch mit anderen Waffensystemen. Manche Konzerne lassen auch nach ihren Lizenzen das ganze System im Ausland produzieren. So baut Henschel (Thyssen) in Argentinien 500 Kampfpanzer, die vom Typ „Marder" abgeleitet sind. Nach westdeutschen Lizenzen gefertigte Kriegsschiffe gingen unter anderem nach Israel, Südafrika und Portugal (und zwar zu dem Zeitpunkt, als Portugal den Kolonialkrieg gegen die Völker Afrikas führte). Diese Waffenexporte, die wie gesagt vom Gesetz her verboten sind, werden von der Bundesregierung nicht untersagt. Ja, sie sind noch nicht einmal genehmigungspflichtig.

Aus einer Fragestunde des Bundestags vom August 1970: **Abgeordneter Holz (SPD): „Bedarf die Lieferung von G3-Gewehren, die in Lizenz in Thailand gebaut werden, nach Chile einer Genehmigung der Bundesregierung?"** Der parlamentarische Staatssekretär Grüner vom Wirtschaftsministerium: **„Herr Kollege, nach meiner Antwort auf Ihre erste Frage kann ich Ihre zweite Frage nur mit nein beantworten."**

Hersteller der G3-Gewehre (des Standard-Gewehrs der Bundeswehr) ist die schwäbische Rüstungsfirma Heckler & Koch. Sie hat in folgenden Ländern Lizenzproduktionen: Brasilien, Frankreich, Griechenland, Britannien, Iran, Malaysia, Norwegen, Pakistan, Portugal, Saudi-Arabien, Schweden und Thailand. Von diesen Produktionsstätten aus überschwemmen die Pistolen, Gewehre und Maschinenpistolen von Heckler & Koch den Weltmarkt. Und all das, was in Kooperation mit ausländischen Konzernen oder ganz im Ausland produziert wird, rechnen die Herren in Bonn einfach nicht als westdeutschen Waffenexport.

Verkaufsschlager: Kriegsschiffe

Beim „offiziellen" Waffenhandel nehmen die Werften einen immer größeren Platz ein, die heute an Schiffsneubauten fast nur noch Kriegsschiffe auf Kiel legen. So wurden bis heute beinahe alle lateinamerikanischen Küstenstaaten mit westdeutschen U-Booten beliefert (Argentinien, Ecuador, Kolumbien, Peru, Uruguay, Venezuela). Dabei bekamen und bekommen die Rüstungskonzerne für ihre Geschäfte Bundesbürgschaften. Das heißt: kann oder will der Käufer die Waffen nicht bezahlen, springt die Bundesregierung ein und ersetzt den Konzernen ihre Verluste aus Steuermitteln. Ein gewaltiges Geschäft haben die westdeutschen Werften in diesem Frühjahr mit dem faschistischen Schah-Regime abgeschlossen. Dabei geht es unter anderem um 16 U-Boote, 8 Fregatten, 19 Schnellboote usw. Bezeichnend bei diesem Auftrag ist, daß das Schah-Regime auch die Entsendung von Instrukteuren und anderen Spezialisten der Bundeswehr fordert. Das bedeutet: Neben den anderen, schon vollzogenen oder geplanten militärischen Aktivitäten Bonns im Ausland (Bundeswehrbeteiligung bei UNO-Einsätzen im Libanon, in Namibia usw.), wären die Streitkräfte des Bonner Staates auch direkt und unmittelbar an den Auseinandersetzungen im Mittleren Osten beteiligt.



Zum Roten Antikriegstag 1975 unternahm die Rote Garde in Kiel diese antimilitaristische Aktion. Dieses U-Boot im Kieler Hafen wurde mit der Parole „Krieg dem imperialistischen Krieg" bemalt. Diese Aktion erregte großes Aufsehen, denn viele Menschen konnten die Parole vom Ufer aus gut sehen.

Offene Bekenntnisse zum Militarismus

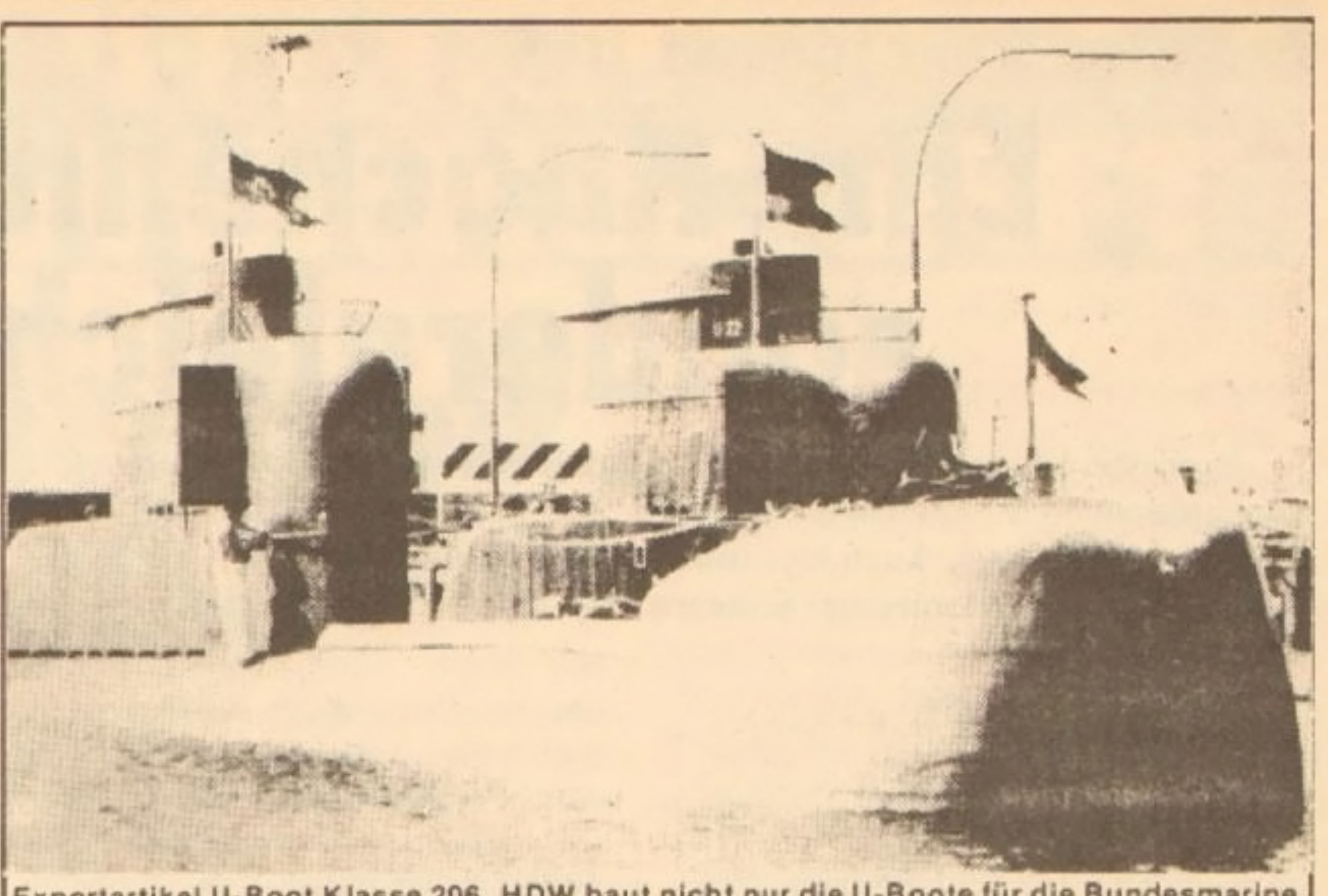
Im Gegensatz zu den 60er Jahren, wo die Bosse der westdeutschen Waffenschmieden betont zurückhaltend auftraten und teilweise die Waffenproduktion schlichtweg leugneten (siehe Krupp), treten sie heute zunehmend dreister auf. So etwa Ludwig Bölkow von MBB, der seine Tätigkeit als Waffenhändler mit den Worten pries: „Unsere Waffenexporte verhindern Kriege." Mit MBB-Raketen vom Typ „Cobra" war übrigens Pakistan im „Bangladesh-Krieg" ausgerüstet. Und nicht nur dort: Die von den Krupp, Thyssen, Flick und Co. gefertigten Waffen kamen und kommen bei fast allen kriegerischen Auseinandersetzungen der letzten Zeit zum Einsatz, so bei den Nahost-Kriegen (in den Händen der israelischen Zionisten), bei den Kriegen gegen die afrikanischen Völker (in den Händen der portugiesischen Kolonialisten, der südafrikanischen Rassisten), beim Krieg am Horn von Afrika usw.

Reaktionäre und faschistische Regime auf der ganzen Welt unterdrükken die Völker ihrer Länder mit Waffen aus den westdeutschen Waffenschmieden. Für die Bosse der Rüstungsmonopole, für die westdeutschen Imperialisten ist das nicht nur eine Frage der Profite, die sie aus diesem Geschäft mit dem Tod ziehen. Sie stützen durch ihre Militärhilfe und Waffenlieferungen diese Unterdrükker-Regime, um sie vor dem Ansturm des revolutionären Kampfes zu retten. Meistens sind es dieselben Monopole, die einerseits Waffen an solche Regime verkaufen und andererseits in den Filialen, die sie in diesen Ländern unterhalten, die Arbeiter bis aufs Blut ausbeuten.

Dies muß man sich vor Augen halten, um in seiner ganzen Tragweite verstehen zu können, was es heißt, wenn Georg Buckley, Sprecher des „Arbeitskreises Arbeitnehmer wehrtechnischer Betriebe" erklärt: „Jedes Entwicklungsland, das seine Existenz in der freiheitlichen Demokratie sieht, braucht zum Schutz seiner inneren (!) und äußeren Sicherheit Waffen und Munition... Wir Gewerkschafter in diesem unbequemen Wirtschaftszweig, der andererseits ein fester Bestandteil unserer freiheitlichen Demokratie ist, plädieren deshalb für eine Lockerung der Exportbeschränkungen von Rüstungsgütern und eine nicht zu enge Auslegung des Begriffs ‚Spannungsgebiete'."

Wir Gewerkschafter? Kann ein ehrlicher Gewerkschafter, aus was für Gründen auch immer, dafür eintreten, daß Faschisten wie der Schah, wie Mobutu usw. noch mehr Waffen in die Hand bekommen, um sie gegen die Arbeiter in ihrem Land und in anderen Ländern einzusetzen? Natürlich nicht! Die Arbeiter aller Länder haben die gleichen Interessen. Und es ist deshalb die Pflicht der deutschen Arbeiterklasse, die verbrecherischen Geschäfte „ihrer" Ausbeuter auf dem Rücken der Arbeiter anderer Länder anzuprangern und zu bekämpfen!

Keine Waffenexporte in andere Länder! Krieg dem imperialistischen Krieg!



Exportartikel U-Boot Klasse 206. HDW baut nicht nur die U-Boote für die Bundesmarine, sondern ebenso mehrere für Griechenland, Türkei, Argentinien, Kolumbien, Peru, Venezuela, Ecuador...

Zum Beispiel Howaldts Deutsche Werft

Für HDW ist der „Sonderschiffbau", also der Bau von Kriegsschiffen, Schwerpunkt der Produktion. Vor allem werden U-Boote gebaut. Seit 1977 stieg HDW aber auch in den Fregattenbau ein. Und ein Großteil dieser Kriegsschiffe ist für den Export bestimmt.

Im Dezember 1977 konnte man etwa in der „Frankfurter Rundschau" lesen: „Derzeit liegen bei HDW keine U-Boote für die Bundesmarine auf Kiel... Für den Export werden derzeit aber 13 U-Boote gebaut; je vier davon für Griechenland und Peru, zwei sollen an die Indonesier, zwei fahren später unter türkischer Flagge und eines geht an Ecuador."

Aufsehen erregte der Rüstungsexport von HDW erstmals 1969, als es U-Boote an das damals faschistische Regime in Griechenland lieferte. Zur damaligen Zeit gab es eine Bestimmung der „Westeuropäischen Union", nach der deutsche Werften ohne Erlaubnis der WEU keine U-Boote bauen durften, die mehr als 450 t Wasserverdrängung haben. Die für Griechenland bestimmten U-Boote sollten aber 1.000 t haben. Die erforderliche Genehmigung besorgte sich HDW mit einem Trick. Es besorgte sich die Erlaubnis für den Bau von sechs Booten für den Bedarf der Bundesmarine, baute die für Griechenland bestimmten U-Boote und verlegte den Bau der deutschen Schiffe U 25-U 30 einfach auf einen späteren Zeitpunkt. Der Öffentlichkeit gegenüber erklärten die HDW-Bosse frech, sie würden ja die Bestimmungen der WEU über die 450-t-Grenze einhalten, weil sie dem griechischen Regime die Schiffe nicht im Ganzen, sondern in Teilen liefern würden!!!

Seitdem hat HDW U-Boote in die Türkei, nach Argentinien, Kolumbien, Peru, Venezuela und Ecuador exportiert. Umsatz pro U-Boot: 35 Millionen DM!

Aber HDW beschränkt sich nicht auf den Export von Kriegsschiffen. Auch als Lizenzgeber für den Nachbau solcher Kriegsschiffe hat die Werft im Ausland Bedeutung erlangt. HDW-U-Boote werden u. a. in Dänemark, Britannien, der Türkei und in Argentinien nachgebaut.

– GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS! –

Bonner Parteien sind sich einig:

Der Nazi-Faschismus soll rehabilitiert werden!

Wenn es nach dem Willen aller Bonner Parteien geht, dann sollen nach dem 31. Dezember 1979 Nazi-Verbrechen nicht mehr verfolgt werden! Wenn das wahr wird, dann werden sie wie die Ratten aus ihren Löchern hervorkriechen, die Massenmörder und Schreibtischmörder der SS und Gestapo, die jetzt noch im sicheren Exil in Südamerika oder Südafrika — oder auf sicherem Posten der Bonner Bürokratie — sitzen. Dann könnten sie sogar öffentlich vertreten, wie sie Tausende von Kommunisten, antifaschistisch gesinnte Menschen und Juden ermordet haben, und die Antifaschisten sollen dann nur ohnmächtig zusehen, wie der faschistische Terror verherrlicht wird. Denn: Kein Gericht der Bundesrepublik wird sich dann mehr für die Verfolgung dieser Verbrechen interessieren. Soll es soweit kommen? Niemals! Deshalb muß diese Absicht des Bonner Staates auf den entschiedenen Widerstand aller Antifaschisten stoßen.

Eingeleitet hat die „Diskussion" Franz-Josef Strauß mit seiner Forderung nach Generalamnestie für alle Naziverbrecher. Dieser Mann spricht natürlich ganz offen aus, was der Bonner Staat will: Die Forderung des werktätigen deutschen Volkes nach Bestrafung der Naziverbrecher soll gebrochen werden, damit der Weg frei wird für die moralische Rechtfertigung des Faschismus. Ganz offen soll damit auch heute „für Recht erklärt werden, was damals rechtens war".

Dieses Ziel, das Strauß heute aufs Tablett legt, ist taktisch in der ganzen Nachkriegszeit vom Bonner Staat beharrlich verfolgt worden. Sicher, unmittelbar nach 1945 mußten sie mit den Wölfen heulen, daß aber die faschistischen Verbrecher geschont worden sind, wo man nur konnte, ist durch die Bonner Skandale von Globke bis Filbinger oft genug dokumentiert worden. Aber auch, wenn man sich die Statistik über die Ergebnisse der amtlichen Nazi-„Verfolgung" ansieht, kann man das Ausmaß der Vertuschung von Verbrechen und der Schonung der faschistischen Verbrecher ahnen. **Von den 82.667 Ermittlungsverfahren, die zwischen dem 8. 5. 45 und dem 1. 1. 77 eingeleitet worden sind, haben nur 6.425 zur Verurteilung geführt.** Diese Zahlen decken aber noch nicht das ganze Ausmaß der Bonner Nazi-Justiz auf. Dazu muß man sich einmal ansehen, wie solche Prozesse gegen die braunen Verbrecher eigentlich geführt werden. Der Majdanek-Prozeß ist dafür ein typisches Beispiel.

Eine polnische Zeugin, deren Angehörige in den Konzentrationslagern der Nazis umgekommen sind, mußte erleben, wie ihre Aussagen über die Greuel der Nazis, die sie selber nur mit großer Erregung berichten konnte, von den Verteidigern lächerlich gemacht, in Zweifel gezogen und sie selber verhöhnt und beleidigt worden ist. Währenddessen erfreuten sich die Angeklagten größter Nachsicht durch das Gericht, konnten provokatorisch Blumensträuße in Empfang nehmen, durch laute Zurufe die Zeugen beleidigen und wegen der kleinsten, vorgetäuschten Wehwehchen der Verhandlung fernbleiben. Sprichwörtlich für die angeklagten Faschisten und für die westdeutsche Justiz ist es, daß sich die Angeklagten „nicht erinnern können" und somit, oftmals im schreiendsten Widerspruch zu ihren Verbrechen, freigesprochen werden „müssen".



Verjährung? — Niemals!

Geradezu zynisch ist die Erklärung des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt in einem „Spiegel"-Interview, wenn er feststellt: „...Die Zeugen werden immer älter, und wenn sie durch clevere Anwälte in die Mangel genommen werden, ... dann wird es für sie häufig sehr schwer mit ihrem Erinnerungsvermögen..." Man muß diese Äußerung zweimal lesen, um zu erkennen, mit welcher fiesen Logik dieser „Friedensengel" und „Widerstandskämpfer" hier zum Kampf gegen die Opfer des Nazi-Terrors angetreten ist. Gerade jetzt, wo die Drahtzieher des Faschismus, die Monopole und ihr Staat, die Beseitigung der strafrechtlichen Verfolgung des Nazi-Faschismus fordern, um die Faschisierung auf eine neue Stufe zu heben, wo Strauß offen nach „Generalamnestie" schreit, da tritt Willy Brandt auf den Plan, um mit seinem „antifaschistischen" Image diese Absicht der Monopole bei den Werktätigen durchzusetzen. Er macht es nicht so offen wie Franz Josef Strauß, nein, er lehnt die „Generalamnestie" natürlich ab. Aber hintenherum fordert er auch: Es muß ein Schlußstrich gezogen werden. Was er damit meint? „Daß wir auf die Dauer nicht als ein wegen der Nazi-Zeit innerlich gespaltenes Volk leben könnten"! Diese Äußerung ist ein Skandal! Das ist die gleiche „Spaltung des Volkes", von der F. J. Strauß spricht. Brandt fordert hier die „Einheit des Volkes", sprich: die Einheit mit den Verantwortlichen der Nazi-Greuel. Und er beruft sich dabei bezeichnenderweise auf keinen anderen als — Konrad Adenauer. Über diesen Kanzler der Reaktion sagt Brandt: „Er hat die Gefahr einer inneren Spaltung unseres Volkes gebannt, sicher auf seine Weise..." Und in die Tradition dieses Mannes, dessen Globke-Skandal noch allen in Erinnerung ist, stellt sich ganz bewußt Willy Brandt, nur eben auf seine — auf sozialdemokratische — Weise. Da braucht man sich auch nicht mehr zu wundern, wenn Brandt ganz offen über die weitere Verfolgung von Nazi-Verbrechen sagt: „Wir haben die Nase voll."!

Jawohl, wir haben auch die Nase voll! Davon nämlich, daß 33 Jahre nach Ende des Dritten Reiches der Großteil der Nazi-Verbrecher noch ungestraft herumläuft und sich seines Lebens freut. Davon z. B., daß ein ehemaliger holländischer SS-Mann, der nach dem Kriege in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden ist, von den deutschen Behörden nicht an Holland ausgeliefert wird. Weil — nach den Bestimmungen von 1943 (!) — jeder in der SS organisierte Ausländer automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit bekam, und man ja Deutsche — „leider" — nicht ausliefern darf.

Wir fordern mit allen Antifaschisten: Keine Verjährung für Nazi-Verbrechen! Strenge Bestrafung aller für die Nazi-Greuel Verantwortlichen!

Werner Hoppe in Lebensgefahr!

Werner Hoppe, politischer Gefangener in einer Hamburger Haftanstalt, der 1972 zu zehn Jahren Haft verurteilt wurde, ist bis auf ein Gewicht von 48 Kilo abgemagert (bei 176 cm Körpergröße)! Sein Leben ist in höchster Gefahr! In einer offiziellen Erklärung der Justizbehörden wird sein Zustand als „sehr ernst" bezeichnet. In dieser Erklärung wird die Ursache dieses Zustands darin gesucht, daß Werner Hoppe im Frühjahr an einem Hungerstreik teilgenommen hat.

Damit soll der Eindruck erweckt werden, als habe er sich seinen Zustand selber zuzuschreiben. Verschwiegen wird, daß sich dieser Hungerstreik, an dem insgesamt 15 politische Gefangene teilnahmen, gegen die brutalen Auswirkungen der Isolationshaft und anderer Beschränkungen richtete. Die Gefangenen sahen den Hungerstreik als letztes Mittel an, auf die stetige körperliche und psychische Vernichtung ihrer Existenz aufmerksam zu machen. Daß sie zu diesem Mittel des Hungerstreiks greifen mußten, geht ganz auf das Konto der bundesdeutschen Justiz.

Gegenüber den Justizbehörden ist äußerste Wachsamkeit geboten. Noch ist nicht vergessen, auf welche Weise Holger Meins „gestorben" ist. Alle Versuche, etwas ähnliches bei Werner Hoppe zu planen, muß auf den entschiedenen Widerstand aller stoßen!

Mit MP gegen Renate Chotjewitz

Unversehens sah sich Renate Chotjewitz, die Frau des Schriftstellers Peter O. Chotjewitz, zwei Kripobeamten in Zivil gegenüber, der eine mit einer MP im Anschlag. Mit dem Ruf „Kriminalpolizei, keine Bewegung" stürmten sie in das Zugabteil, in dem Frau Chotjewitz auf ihrer Fahrt von Bad Hersfeld nach Ulm saß. Als sie zur Handtasche griff, um sich auszuweisen, wurde sie angeherrscht: „Hände hoch oder ich schieße!" Während die Beamten das Zugabteil durchwühlten, mußte Frau Chotjewitz zwanzig Minuten mit erhobenen Händen vor dem Waggon stehen. Erst nach einer Identitätskontrolle durfte sie weiterfahren. Der Grund für die Aktion: Ein Spitzel aus Bad Hersfeld hatte gemeldet: Eine „gefährliche Person" hat den Zug bestiegen.

Gericht: Frau L. hat selber schuld!

Im RM 20/77 schrieben wir: „Zweifellos wird es auch in diesem Fall kein Gericht in diesem kapitalistischen Staat geben, das den betreffenden Polizisten und den gewissenlosen Professor in Göttingen wegen ihres Verbrechens zur Rechenschaft zieht." Gemeint waren die Ereignisse in Wahmbeck/Weser, bei denen zwei Polizisten ein 16jähriges Mädchen zwangsweise abholen und zur Berufsschule bringen wollten, weil sie diese einige Male nicht aufgesucht hatte. Damals hatte sich die 62jährige Frau Linnemann, voller Empörung über diese völlig unberechtigte Gewaltaktion, schützend vor ihre Tochter gestellt. Skrupellos wandte einer der Polizisten die „chemische Keule" gegen die Frau an. Eine halbe Stunde später war sie tot. Obwohl der Hausarzt sich geweigert hatte, einen Totenschein auszustellen, fand sich ein gewisser Professor Steffen Berg vom Gerichtsmedizinischen Institut der Universität Göttingen, der der Polizei bescheinigte, daß Frau Linnemann „auf dem Boden eines bereits länger bestehenden Herzleidens" gestorben sei (obwohl übrigens Spuren des Treibgases in ihrem Blut zu finden waren)!

Dieses „überzeugende Gutachten" nahm jetzt die Göttinger Staatsanwaltschaft als Grundlage für ihren Beschluß, das Verfahren gegen die beiden Polizeibeamten einzustellen.

Polizei schießt auf Autofahrer

In Lindenberg/Allgäu hat die Polizei auf einen Autofahrer geschossen und ihn nur um zehn Zentimeter verfehlt. Die Kugel blieb in der Lenksäule des Fahrzeugs stecken. Die Kemptener Polizei, die in den letzten zwei Jahren bereits dreimal auf Autofahrer geschossen hat, versuchte zunächst diesen Vorfall zu vertuschen. Erst nachdem ein Rechtsanwalt Strafanzeige wegen versuchten Totschlags erstattet hatte und mehrmals nachgefragt worden war, gab die Polizei den Schuß zu.



Polizisten mit MP — eine Bedrohung für jeden Autofahrer.

Landesinnenminister vereinbaren: Zentralisierung des Polizeiapparats

Die Innenministerkonferenz hat jetzt die Schlußfolgerungen des sogenannten Höcherl-Berichts beschlossen, die im wesentlichen eine stärkere Zentralisierung des Polizeiapparats bedeuten.

So bestimmt z. B. in Zukunft allein der Bundesinnenminister, ob die polizeilichen Ermittlungen bei Einsätzen gegen „Terroristen" dem BKA übertragen werden oder den Landesbehörden. Im ersten Fall kann das BKA auch die Ermittlungen der Landespolizei steuern. Diese Regelung, die der im Grundgesetz festgelegten föderalen Struktur der Polizei widerspricht, bezeichnete Bundesinnenminister Baum ganz offen als eine „Vereinbarung, die neben dem Gesetz getroffen wird". So werden skrupellos die eigenen Gesetze des bürgerlichen Staates gebrochen, wenn es darum geht, den Weg zum faschistischen Polizeistaat zu ebnen.

Weiterhin wurde eine Vereinbarung des polizeilichen Kommunikationssystems vereinbart, die es in Zukunft jedem Polizeibeamten möglich machen wird, alle Informationen, auch aus den Datennetzen der Bundespost (!) und des Zolls, über jede beliebige Person abzufragen. Damit wird ein weiterer Schritt zur totalen Kontrolle der werktätigen Bevölkerung gemacht. Denn wenn auch einige „Terroristen" als Vorwand genommen werden — die Auswirkungen, auch der bisherigen Praxis der Razzien und Personenkontrollen, treffen die Werktätigen, und gegen sie wird in Wirklichkeit auch dieser zentrale Polizeiapparat aufgebaut.

Interview mit Michael Banos

Während man in Bonn Pläne schmiedet, wie man faschistische Massenmörder vor weiterer Verfolgung verschont, während Todesschützen der Polizei freigesprochen werden oder nicht belangt werden, mußte Michael Banos, ehemals presserechtlich Verantwortlicher der Roten Hilfe, am 1. September eine siebenmonatige Haftstrafe antreten — wegen einiger Flugblätter! Wir sprachen mit Michael vor seinem Abschied von den Genossen:



Genosse Michael Banos

RM: Michael, die Klassenjustiz beabsichtigt, uns in unserem Kampf gegen die politische Unterdrückung, für ein sozialistisches Deutschland durch solch drastisch hohe Haftstrafen zu brechen. Was würdest Du ihnen auf diese Absicht antworten?

Michael: Wir haben damals für die Gründung der RHD gekämpft. Wenn ich jetzt ins Gefängnis muß, so soll das die Quittung für unseren Kampf sein. Aber trotz der vielen Strafanzeigen, Geldstrafen, Gerichtsverfahren usw. haben sie es nicht verhindern können, daß es heute eine proletarische Hilfsorganisation für die politisch Verfolgten in Deutschland gibt. Genauso wenig werden sie mich im Gefängnis „kleinkriegen". Ich bin mir der Hilfe und Sympathie vieler Freunde und Genossen sicher. Das wird mir schon über die Runden helfen.

RM: Wie haben Deine Bekannten, Freunde und Genossen darauf reagiert, daß Du jetzt doch zur Haft antreten mußt?

Michael: Ich habe mit vielen Leuten gesprochen. Alle waren empört. Oft mußte ich lange erklären, worum es ging, weil viele nicht glauben wollten, daß man wegen einiger Flugblätter ins Gefängnis muß. Freunde, Bekannte und Verwandte haben mir verschiedene Hilfen angeboten. Jeder will etwas dazu beitragen, daß die Zeit im Gefängnis nicht zu schwer wird. Das zeigt auch, für wie ungerecht die Leute dieses Urteil halten.

RM: Sicher hast Du Dich auf die Haftzeit vorbereitet?

Michael: Die Hafthilfegruppe der RHD in Dortmund hat mir dabei geholfen. Sie hat mich beraten und mir die Erfahrungen anderer Genossen mitgeteilt. Sie hat für die Haft notwendige Sachen besorgt, Zeitungsabonnements organisiert und vieles andere mehr. Die RHD hat mir auch sehr durch die Geldspenden für die Prozeßkosten geholfen. Damit die Zeit der Haft nicht völlig vergeudete Zeit wird, habe ich mit den Genossen einen Arbeitsplan besprochen.

Besonders gefreut hat mich das von der RHD organisierte Solidaritätsfest in Olffen, wo viele Genossen auf diese nette Art ihre Solidarität mit mir zum Ausdruck brachten. Ich bin sicher, daß mich diese Solidarität auch während der Haftzeit erreichen wird. Wenn Genossen mir schreiben wollen, meine Adresse ist: Michael Banos, 5952 Attendorn, Justizvollzugsanstalt. Ich werde mich sicher über jede Zeile sehr freuen.

RM: Lieber Genosse Michael, Du kannst sicher sein: Auch wenn sie Dich hinter Gefängnismauern einsperren, wird Dich keiner vergessen, bist Du nach wie vor einer von uns. Wir hoffen, Dich recht bald wieder in unserer Mitte zu sehen. Rotfront!

Leserbriefe

Redaktion
„Roter Morgen"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
46 Dortmund 30

Liebe Genossen!

Im „Roten Morgen" Nr. 25 schreibt Ihr auf Seite 2 in dem Artikel „Krankenhauskassen machen Millionengewinne", daß es keine Vorsorgeuntersuchungen mehr auf Kosten der Krankenkasse gibt. Das ist unserer Meinung nach falsch, da es für Frauen die Vorsorgeuntersuchung für Brustkrebs und für Männer die für Prostatakrebs gibt. Diese Vorsorgeuntersuchungen sind zum Beispiel auch in den Scheinen der AOK ausgedruckt

Berichtigt bitte diesen Fehler oder erklärt genauer, was Ihr mit diesem Satz meint. Es ist wichtig, da dieser Widerspruch einer Sympathisantin aufgefallen ist.

Antwort der Redaion:

Liebe Genossen!

Wir haben uns erkundigt, und es hat sich herausgestellt, daß die besagte Behauptung im „Roten Morgen" Nr. 25 tatsächlich falsch ist. Richtig ist, daß es für Frauen ab 30 Jahre kostenlose Vorsorgeuntersuchungen für Brustkrebs und Genitalkrebs gibt, für Männer ab 40 für Prostata- und Enddarmkrebs. Vermutlich ist uns hier eine Verwechslung unterlaufen. Was tatsächlich stark eingeengt wird, sind vorbeugende Behandlungen auf Kosten der Krankenkassen (prophylaktische Behandlung). Zum Beispiel die Vitamin-B-Behandlung für Kleinkinder auf Kosten der Krankenkasse. Hier haben wir nicht genau genug recherchiert. Wir bitten, diesen Fehler zu entschuldigen.

Nachahmenswert

Liebe Genossen,

im „Roten Morgen" Nr. 29 war ein Interview abgedruckt, das die Altbausanierung in einem Düsseldorfer Stadtteil behandelte. Ein Genosse ist mit diesem „Roten Morgen" in die Häuser gegangen, auf die sich das Interview bezieht und hat mit den Bewohnern darüber gesprochen. Der Besuch wurde ein voller Erfolg. Denn der Genosse konnte bei dieser Aktion neun „Rote Morgen" verkaufen.

Volkskorrespondent aus Düsseldorf

Spenden

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden auf die Konten der KPD/ML ein:

I. Spenden für die Rote Garde

29.5. P. M., Aachen	110,00
31.5. H., Albertshofen (RR)	30,00
31.5. Kunden Buchladen „Roter Morgen", Bremen	180,00
16.6. P. K., München	50,00
23.6. BZ Thyssen, Hamburg	230,00
26.6. R. B., Gießen	199,00
3.7. 1.-Mai-Veranstaltung Frankfurt	470,94
3.7. BZ AK Hamburg-Altona	1.000,00
7.7. KSB/ML-Veranstaltung Freiburg	96,60
10.7. Sympathisanten Düsseldorf	24,50
17.7. P. K., München	50,00
8.8. 1. Mai, Ludwigshafen	280,51
15.8. P. K., München	50,00
Gesamt	2.771,55

II. Spenden für die Sektion DDR

1.6. Genossen aus Heidelberg	65,50
13.6. U. O., Schorndorf	30,00
10.7. O. M., Düsseldorf	45,00
20.7. Zelle Telefunken Schwedenstraße/Westberlin	104,00
Gesamt	244,50

III. Spenden für den „Roten Morgen"

1.7. P.K., München	200,00
2.8. P. K., München	200,00
Gesamt	400,00

IV. Spenden für politisch Verfolgte

26.6. J. B., Essen	20,00
3.7. Veranstaltung Frankfurt für Antifaschistenprozesse	374,00
Gesamt	394,00

Damit gingen seit der letzten Veröffentlichung insgesamt DM 3.810,00 auf die Konten der KPD/ML ein.

Wir danken allen Freunden und Genossen für ihre Spenden. Wir rufen Euch auf: Spendet kräftig anläßlich des 10. Jahrestags der Gründung der KPD/ML! Unser Planziel: 100.000 DM bis zum 10. 1. 1979!

100.000 DM für die KPD/ML

Spendet auf die Konten der KPD/ML:

Postscheckamt Dortmund 6420-467

Stadtsparkasse Dortmund 321 004 547

Stichwort: 10 Jahre KPD/ML

Veranstaltungen zum Roten Antikriegstag

Westberlin:

15.9., 18 Uhr, Studentenheim Dauerwaldweg, S-Bahnhof Grunewald

16.9., 15 Uhr, am Tiergarten, Grillplatz gegenüber Kongreßhalle

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... **Unterschrift:** ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

VEBA-Chemie setzt bedenkenlos Menschenleben aufs Spiel

Volkskorrespondenz aus Herne

Unmittelbar nach der schrecklichen Explosionskatastrophe auf dem spanischen Camping-Platz ereignete sich in Herne folgendes: Die VEBA-Chemie hatte auf einer Gleisanlage, die mitten durch eine Wohngegend führt, mehrere Waggons mit hochexplosivem Propylen-Gas abgestellt. (Die Wohnhäuser sind etwa 20 bis 30 Meter von den Waggons entfernt.) Ein paar Tage später beobachtete ein Anwohner, daß aus einem dieser Waggons Gas ausströmte. Ihm war außerdem aufgefallen, daß die Waggons mit dem hochexplosiven Inhalt für jedermann, also auch für spielende Kinder, zugänglich sind. Entsetzt über diese Rücksichts- und Bedenkenlosigkeit der VEBA-Chemie, informierte der Anwohner sofort die zuständige Ordnungsbehörde und die Presse über seine Beobachtung. Dies geschah am 20.7.1978.

Wer aber nun glaubt, daß in den darauffolgenden Tagen Berichte über ein sofortiges Eingreifen der Ordnungsbehörde, über eine Verlagerung der Waggons in unbesiedelte Gebiete, über Sicherheitsmaßnahmen usw. usf. in der Presse zu lesen waren, der sah sich getäuscht. Nichts geschah. Die Presse schwieg. Die Waggons verblieben auf der Gleisanlage.

Am 25.8.78 meldete sich die Lokalpresse mit folgender Schlagzeile zu Wort: „VEBA muß Waggons mit explosivem Propylen jetzt absichern." Die Ordnungsbehörde brauchte also ganze fünf Wochen, um sich dazu durchzuringen, der VEBA-Chemie Auflagen über die Absicherung der Waggons zu erteilen. Dies ist jedoch nicht alles. Schaut man sich einmal konkreter an, was die Ordnungsbehörde unter „Absicherung eines Gefahrenherdes" versteht, so kann man nur noch mit dem Kopf schütteln. Auf einer Sitzung der Bezirksvertretung teilte ein Sprecher des Ordnungsamtes mit, daß das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt in Dortmund die Errichtung eines zwei Meter hohen Zaunes innerhalb von acht Wochen angeordnet habe!!!

Wegen der Acht-Wochen-Frist bräuchten sich die Anwohner keine Sorgen zu machen, versicherte der Sprecher des Ordnungsamtes, der Chemiekonzern habe in den nächsten Wochen für eine ständige Überwachung des Gleisbereichs zu sorgen!

Tags darauf schaute ich mir die Gleisanlage aus der Nähe an. Von einer Überwachung der Waggons war nichts zu sehen. Sie waren immer noch für jedermann zugänglich. Ebenso sah man keinen Arbeiter, der sich an die Errichtung eines „Sicherheitszaunes" begab.

Weiterhin mußte der Sprecher des Ordnungsamtes zugeben, daß die VEBA neben dem Propylen-Gas noch andere explosive Stoffe wie Äther, Isopropanol und Alkohol in unmittelbarer Nähe von Wohnhäusern lagert. Auf die Sicherheit der Bevölkerung angesprochen, meinte der Leiter des Chemischen Untersuchungsamtes, Dr. Fritsche, der mit der Untersuchung des Falles beauftragt ist: „Natürlich bleibt bei allen (!) Vorsichtsmaßnahmen ein Risiko. Doch wir leben in einer gefährlichen Welt, und die Menschheit hat sich daran gewöhnt." Das ist bodenloser Zynismus. Man fragt sich wirklich, was alles noch passieren muß, wieviel Menschen noch ihr Leben lassen müssen, bis die Herren in den Konzernen und Behörden sich genötigt fühlen, umfassende Sicherheitsmaßnahmen zu treffen.

Nach Giftgasmanöver in der Oberpfalz
Bevölkerung fürchtet Spätfolgen

Volkskorrespondenz

Einige Tage nach dem Giftgasmanöver in der Oberpfalz (s. RM 35/78). In Döswitz wird uns erzählt, daß noch nach Tagen bei manchen Leuten, vor allem Kindern, Durchfall aufgetreten ist. Ein Kind, das kurz nach dem Giftangriff im Wald Beeren aß, litt an Brechreiz und Durchfall und mußte einige Tage ins Krankenhaus zur Beobachtung.

Die Behörden haben inzwischen nach ihren Untersuchungen, die angeblich keine Pflanzengifte zu Tage förderten, das Ernteverbot aufgehoben. Ihr Rat an die Bewohner der betroffenen Dörfer: das Obst gründlich waschen und die braunen Blätter vom Salat entfernen!!!

Aber die Bevölkerung ist weiterhin beunruhigt. Sie fürchtet, daß die Auswirkungen erst noch kommen. Einige führen dabei das Beispiel Vietnam an. Die Empörung über die Amis ist groß. Ein Bewohner: „Panzerfäuste müßte man haben, um die Amis zu vertreiben."



Weil angeblich keine Pflanzengifte freigesetzt wurden, wurde von den Behörden das Ernteverbot aufgehoben. Fragt sich nur, warum die Pflanzen eingehen.

Unser schönes Eigenheim!

(*Ein Märchen für Erwachsene*)

Von einem Volkskorrespondenten aus Osnabrück

Es war zur Zeit des sogenannten „Wirtschaftswunders", die Zeit der großen Pläne und der großen Versprechungen. Es war die Zeit, in der auch mancher Arbeiter hoffen konnte, zu Lebzeiten noch zu einem kleinen Eigenheim zu kommen. Wie wohltuend war es da doch, als sogar der Staat seine Unterstützung für derlei Unternehmungen anbot. Man gründete einen Verein, die sogenannte „Ost-West-Wohnungsbau- und Siedlungsgenossenschaft GmbH". Dort waren zunächst noch alle gleich. Nach Einzahlung von drei mal 400 DM konnte man als hoffnungsfroher Eigenheimplaner hier Mitglied werden. Vom Land Niedersachsen kamen damals 5 Millionen DM Kredit, dazu noch von der Stadt Osnabrück. Und jetzt sollte gebaut werden. Ungefähr 50 Häuschen waren am Schinkelberg, im Arbeiterviertel von Osnabrück, geplant.

Aber da war zunächst noch eine Kleinigkeit zu regeln: So eine Wohnungsbaugenossenschaft mit einigen Hundert Mitgliedern braucht einen Vorsitzenden und auch Stellvertreter, auch eine hübsche Buchhalterin wäre ganz angebracht. Da empfehlen sich den angehenden Hausbesitzern natürlich Menschen von Format, mit kaufmännischem Geschick und Erfahrung. Erster Vorsitzender wird ein Herr Plös. Schon zu Hitlers Zeiten hatte er im Handel gute Erfolge: Er besaß nämlich in Osnabrück eine Buchhandlung mit Lotto-Annahmestelle. Er nahm dort fleißig Geld und Lotto-Scheine an, gab aber nur einen ganz kleinen Teil der Scheine weiter. Die kleinen Gewinne konnte er aus diesen hübschen Nebeneinnahmen gut bezahlen. Der ganze Schwindel flog damals auf, als ein Hauptgewinn in die Annahmestelle fiel. Da war es nun die böse Ehefrau gewesen, die immer „vergessen" hatte, die Scheine weiterzugeben. Dem seriösen Herrn konnte nichts nachgewiesen werden. Man fand seine Ehefrau kurz darauf erhängt: „Selbstmord".

Der Herr Plös fand auch für die „Ost-West" eine Buchhalterin, mit der er zur Erholung von den anstrengenden Geschäften mehrmals im Jahr nach Spanien fuhr (auf Kosten der Gesellschaft natürlich).

Und man begann zu bauen. Da darf aber nicht die richtige Reihenfolge vergessen werden. Zuerst wurde natürlich für den Vorstand gebaut. Diese Häuser waren auch noch recht stabil. Als dann die Reiheneigenheime kamen, wurde gepfuscht, was das Zeug hält. In der Ellerhorststraße sehen die Häuser äußerlich alle gleich breit aus. Mißt man aber im Haus selbst mal nach, so stellt man zum Beispiel bei Herrn Fuchs fest, daß seine Zimmer auf der linken Seite alle um eine Mauerbreite zu klein sind. Und erst im Haus selbst. Bei keinem der Häuser Nr. 1 bis Nr. 7 funktioniert die Warmluftheizung. Mit den Jahren haben sich die Hausbesitzer inzwischen selbst auf eigene Rechnung eine Heizung installieren lassen. Herr Fuchs hat das Geld dazu nicht. Die Wohnungsbaugesellschaft ist jetzt schon lange pleite und zwingt Herrn Fuchs zu einer gefahrenreichen Selbsthilfe: Er hat sich einen uralten Küchenherd in den Keller gestellt, um sein Häuschen wenigstens etwas heizen zu können. Tagsüber muß er Holz sammeln, damit er wenigstens Brennmaterial hat.

Aber unser Märchen ist noch nicht zu Ende. Zum deutschen Wirtschaftswunder gehören auch die Gerichte, die für Einigkeit und Recht und Ruhe und Ordnung sorgen. Herr Fuchs hatte nämlich damals, 1965, den Kaufvertrag nicht unterschrieben, weil das Haus derartige Mängel aufwies. Seit über zehn Jahren geht nun der Rechtsstreit. Herr Fuchs klagt auf Armenrecht. Da kommen seinen eigenen Rechtsanwälte nicht einmal zum Prozeßtermin, weil für sie zu wenig dabei rausspringt. Um die für jeden sichtbaren und für die Familie Fuchs unerträglichen Wohnbedingungen geht es aber in diesem Rechtsstreit schon lange nicht mehr. Herr Fuchs bekam die Mitteilung vom Gericht, daß die Mängel am Haus für den Rechtsstreit „unerheblich" seien. Es gehe lediglich darum, ob der Kaufvertrag gültig sei oder nicht. Ein ganzer Berg von Akten hat sich angehäuft. Nur ein einziger menschlicher Satz läßt sich darin finden, von einem Sozialarbeiter der Stadt Osnabrück:

„Es ist für micht bedrückend mit ansehen zu müssen, wie sich einige Personen einer Baugesellschaft durch eine raffinierte Geschäftsführung persönlich bereichert haben, ohne daß sie durch öffentliches Recht zur Rechenschaft gezogen werden. Das persönliche Schicksal der Familie Fuchs ist schon schwer genug."

Aber nicht genug damit, daß die Gerichte Herrn Fuchs seit über einem Jahrzehnt finanziell und nervlich fertigmachen. Als eines Tages von den Konkursverwaltern die Gemeinschaftsantenne abmontiert wurde, obwohl sie gut funktionierte, äußerte Herr Fuchs, sie werde wieder verkauft. Schon flatterte ihm ein Strafbefehl ins Haus: „10 Tagessätze à 20 DM, ersatzweise 10 Tage Haft", weil er jemanden „wider besseres Wissen einer rechtswidrigen Tat verdächtigt" habe.

So verlief das Märchen vom schönen Eigenheim und dem glücklichen Leben eines einfachen schwerkriegsbeschädigten Maurers, der in einem Wohlfahrtsstaat lebt. Und wenn sie Herrn Fuchs nicht so aus dem Häuschen rauskriegen und in die Knie zwingen können, dann hängen sie ihm, den sie erst fertig gemacht haben, auch noch §51 (Unzurechnungsfähigkeit) an.

Roter Antikriegstag 1978

Mit Veranstaltungen, Kundgebungen und anderen Aktivitäten wurde auch in diesem Jahr der 1. September, der Rote Antikriegstag, in zahlreichen Orten der Bundesrepublik begangen. Geprägt waren alle diese Aktivitäten von der Entschlossenheit, einen revolutionären Kampf gegen die beiden Hauptkriegstreiber, die USA-Imperialisten und die russischen Sozialimperialisten, zu führen. Dabei wurden natürlich auch die anderen Imperialisten und Reaktionäre, die Kriege zur Ausdehnung ihrer Macht, zur Niederschlagung der revolutionären Kämpfe der Völker führen, nicht geschont. Das gilt insbesondere für den westdeutschen Imperialismus. Denn es ist eine besondere Verpflichtung der deutschen Arbeiterklasse, die deutschen Kriegstreiber, die die Menschheit bereits zweimal in einen Weltkrieg gestürzt haben, daran zu hindern, daß sie noch einmal die deutschen Werktätigen und die anderen Völker in einen blutigen, imperialistischen Raubkrieg stürzen.

Krieg dem imperialistischen Krieg!

1. Weltkrieg: 10 Millionen Tote

1. September

Die Genossen in der Bundeswehr kämpfen mit den Soldaten gegen:

- Drill, Druck und Schikane der Bundeswehr gegen die einfachen Soldaten. „Sie sollen nicht denken, sondern gehorchen", das ist das Motto na
- Erziehung der Soldaten zum Kanonenfutter.
- den Hundefraß, der den Soldaten vorgesetzt wird,
- den Manöverterror der Offiziere, der schon vielen Kameraden das Leben gekostet hat, der oft an die Grenze der physischen Belastbarkeit der einfachen Soldaten geht,
- den Manöverterror, der sich gegen das Hab und Gut der Bauern richtet,
- die verstärkte Aufrüstung der Bundeswehr und der NATO.
- die Neutronenbombe.
- den geplanten Einsatz der Bundeswehr gegen das eigene Volk.

Roter Marder

Soldatenzeitung für Norddeutschland KPD/ML ROTE GARDE

Die Rote Garde kämpft für

- für freie Heimfahrten
- für bessere medizinische Versorgung,
- besseres Essen.

Die Rote Garde steht an der Seite der Soldaten im Kampf gegen die Bundeswehr.

„Grenadier Maier, stehen Sie gerade, sonst holen wir das am Wochenende noch! Schulze, für Sie gilt dasselbe, wenn Sie Ihre Schuhe nicht besser putzen!"

Dieses Flugblatt der Roten Garde zum Roten Antikriegstag wurde in vielen Städten der Bundesrepublik und in Westberlin verteilt.

Solidarität mit dem sozialistischen Albanien

Auf vielen Veranstaltungen zum Roten Antikriegstag wurden Solidaritätsresolution an das sozialistische Albanien verabschiedet. Im folgenden drucken wir die Resolution der Hamburger Veranstaltung ab.

An das ZK der Partei
der Arbeit Albaniens

Liebe albanische Freunde,
liebe Genossen,

von unserer Versammlung anläßlich des diesjährigen Roten Antikriegstags zum 1. September übersenden wir, Hamburger Arbeiter, Werktätige und Jugendliche Euch herzliche und solidarische Grüße. Wir protestieren gegen den feindseligen Akt, die Provokation der chinesischen Chauvinisten, wie sie im Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen und der Einstellung der Militärhilfe an Albanien, aber auch in der Reise Hua Guo-fengs durch Rumänien und Jugoslawien zum Ausdruck kamen. Diese Reise ist eine weitere Bestätigung für die Politik der chinesischen Kriegshetzer, die versuchen, den Balkan in ein Pulverfaß zu verwandeln. Ein Pulverfaß, das, wenn es explodiert, das Blut von Millionen und Abermillionen Werktätigen kosten würde. Deshalb kämpfen wir unter der Losung „Krieg dem imperialistischen Krieg!" gegen jede Art imperialistischen Großmachtstrebens und Kriegspolitik. Wir wissen uns in diesem Kampf an der Seite des tapferen albanischen Volkes, seiner Partei der Arbeit mit dem Genossen Enver Hoxha an der Spitze.

Mit solidarischen Grüßen
Die Versammlungsteilnehmer

Hamburg, den 1. September 1978

Aus dem Programm der KPD/ML:

Gegen die Kriegspolitik des Imperialismus, besonders der beiden imperialistischen Supermächte

Die Lage in der Welt ist dadurch charakterisiert, daß die Kräfte der Revolution und des Sozialismus weltweit erstarken. Aber auch die Faktoren eines neuen Weltkrieges wachsen an. Gegenwärtig sind die beiden imperialistischen Supermächte die Hauptkriegstreiber. Aus ihrer Rivalität im Kampf um die Weltherrschaft droht den Völkern ein neuer Weltkrieg, in dessen Zentrum Europa und besonders Deutschland liegen würde. Unter der Führung der KPD/ML muß sich die Arbeiterklasse an die Spitze aller Kräfte stellen, die gegen den Ausbruch eines neuen Weltkrieges und für die Verteidigung des gegebenen relativen Friedens kämpfen wollen. Innerhalb dieser Friedensbewegung legt die KPD/ML ihr Hauptaugenmerk darauf, dem imperialistischen Pazifismus in jeder Form entgegenzutreten und die Massen zu überzeugen, daß der einzige Weg zur Verhinderung des drohenden Krieges der konsequente Kampf gegen den Imperialismus, besonders gegen die beiden Supermächte, ist, daß wirklicher Friede, das heißt die Beseitigung aller Kriege, nur erreicht werden kann durch den weltweiten Sturz des Imperialismus.

Die KPD/ML unterstützt alle antimilitaristischen Kämpfe gegen die beiden deutschen imperialistischen Armeen. Sie bekämpft dabei die Ideologie der Gewaltlosigkeit und propagiert die Notwendigkeit, daß sich die Werktätigen, vor allem die Jugend, in dem Umgang mit den Waffen vertraut machen muß, um diese im Ernstfall gegen die imperialistischen Kriegstreiber zu richten. Sie lehnt deshalb die Losung der Wehrdienstverweigerung ab und tritt dafür ein, alle Möglichkeiten des antimilitaristischen Kampfes innerhalb der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee auszunutzen, um diese Armeen zu zersetzen.

Die KPD/ML erzieht das deutsche Volk dazu, sich im Kampf gegen die Kriegspolitik des Imperialismus, vor allem der beiden imperialistischen Supermächte, mit allen Völkern der Welt zusammenzuschließen. Sie kämpft für den Zusammenschluß der europäischen Völker. Sie tritt dafür ein, alles auszunutzen, auch die zwischenimperialistischen Widersprüche, um die beiden Hauptkriegstreiber maximal zu isolieren. Sie bekämpft aber alle Elemente, die die wachsende Kriegsgefahr zum Vorwand nehmen, um die Kapitulation vor dem Imperialismus und die Versöhnung mit ihm zu propagieren. Gegen Revisionismus, Chauvinismus und Kapitulation verteidigt die KPD/ML die grundlegenden Interessen des Proletariats und die Auffassung, daß die Errichtung des Sozialismus in ganz Deutschland der beste Beitrag unseres Volkes im Kampf gegen die Hauptkriegstreiber und die größte Stärkung der Kräfte des Friedens in der Welt durch unser Volk wäre.

Innerhalb der Friedensbewegung setzt die KPD/ML sich ferner dafür ein, Vorbereitungen für den Fall zu treffen, daß der Ausbruch eines neuen imperialistischen Weltkrieges nicht verhindert werden kann. Für diesen Fall erwächst der Arbeiterklasse und ihrer Kommunistischen Partei, aber auch allen wirklichen Gegnern des imperialistischen Krieges die Aufgabe, dem reaktionären imperialistischen Krieg den gerechten revolutionären Krieg entgegenzusetzen, um die imperialistischen Kriegstreiber niederzuschlagen und Imperialismus und Sozialimperialismus in Deutschland zu stürzen.



Anläßlich des Roten Antikriegstags gab in Düsseldorf der Agitprop-Trupp „Zeitzünder" sein Debut. An drei Stellen in Düsseldorf, in Reisholz, Flingern und in der Innenstadt, trug er Lieder zum Roten Antikriegstag vor. Gleichzeitig wurden Flugblätter mit einer Einladung zur Antikriegsveranstaltung in Düsseldorf verteilt.



Veranstaltung zum Roten Antikriegstag in Hannover. Hier demonstrierten die Genossen mit einer Tonbildschau den Kampf gegen den imperialistischen Krieg in der Geschichte und heute. Redner auf dieser Veranstaltung: Volker Nieber, der wegen seiner angeblichen Teilnahme an der Demonstration zum Roten Antikriegstag 1972 verurteilt werden soll. In anderen Städten wurden auf den Veranstaltungen neben den Reden von Parteigenossen antimilitaristische Filme gezeigt. So „Unternehmen Teutonenschwert", „Rat der Götter" und andere. Außerdem traten auch Agitprop-Trupps mit antimilitaristischen Liedern, kurzen Szenen usw. auf.

36 Jahre Volkspresse in der SVR Albanien

Der 25. August wird in der SVR Albanien als Tag der Volkspresse gefeiert. Denn an diesem Tag erschien 1942 die erste Ausgabe von „Zëri i Popullit“ (Volksstimme), dem Zentralorgan der PAA.

Heute besitzt Albanien nicht nur eine Zeitung, die sich als Stimme des Volkes versteht, sondern Dutzende. Es gibt 25 Tages- und Wochenzeitungen mit einer jährlichen Auflage von 53 Millionen Exemplaren, dazu 54 Magazine mit einer Auflage von 3,5 Millionen. Dazu gehören auch die deutschsprachigen Zeitschriften „Albanien heute“ und „Neues Albanien“.

Aus Anlaß dieses Tages fanden in ganz Albanien Versammlungen statt, an denen Journalisten, freie Mitarbeiter und Volkskorrespondenten der albanischen Zeitungen und des Rundfunks teilnahmen.



Zeitungen aus Albanien

Bonn entlarvt sich auf der Rassismus-Konferenz

Wie der Presse zu entnehmen ist, „bedauert“ die Bundesregierung die Entwicklung der Genfer Weltkonferenz zur Bekämpfung des Rassismus und der Rassendiskriminierung. Warum? Weil in einer Abschlußerklärung der Vorwurf des Rassismus auch an die israelischen Zionisten gerichtet wird! Eine solche Erklärung aber will Bonn keinesfalls unterschreiben und verließ deshalb die Konferenz. Denn für die westdeutschen Imperialisten war das israelische Regime, das die arabische Bevölkerung blutig verfolgt und unterdrückt (übrigens auch mit deutschen Waffen und mit deutschem Geld) bekanntlich schon immer ein Vorposten der „freien Welt“. Übrigens stand Bonn mit dieser Meinung nicht allein. Alle anderen EG-Staaten nahmen die gleiche Haltung ein.

Trotz Boykottbeschluß — britisches Öl an Rhodesien

Der Bericht der sogenannten Bingham-Kommission, der jetzt in London auszugsweise bekannt wurde, enthüllt, daß die britischen Öl-Gesellschaften British Petrol (BP) und Shell trotz verfügten Boykotts in den letzten zwölf Jahren regelmäßig Öl an das rhodesische Rassistenregime geliefert haben. Und zwar wurde das Öl unter anderem über eine gemeinsame BP/Shell-Niederlassung in Mosambik geliefert.

Während die Öl-Gesellschaften sich angesichts dieser Enthüllung in Schweigen hüllten, erklärte ein Labour-Abgeordneter, „die Gesellschaften seien ‚internationale Vandalen‘, die ermöglicht hätten, daß ‚so lange Blut geflossen ist, wie Öl geflossen ist‘“ („Frankfurter Rundschau“ vom 31. 8. 78).

Libanon

Wenige Tage vor Beginn der sogenannten „Friedenskonferenz“ in Camp David drohen die israelischen Zionisten immer unverhüllter mit einer offenen Intervention im Libanon. Daß dies keine leeren Worte sind, zeigen die ständigen zionistischen Militärprovokationen im Libanon. Erst in der letzten Woche wurden wieder vier libanesische Dörfer im Südlibanon unter Artilleriebeschuß genommen. Zahlreiche Menschen starben, und es entstand ein großer Sachschaden.

Gleichzeitig zeigt die Massierung israelischer Truppenverbände an der libanesischen Grenze und deren fortwährende Verstärkung durch Artillerie, motorisierte Kräfte und Polizeitruppen, daß es nach dem Willen der israelischen Zionisten nicht bei solchen militärischen Provokationen bleiben soll, daß sie vielmehr einen neuen Eroberungskrieg vorbereiten.

Brasilien: Proteste gegen Preiserhöhungen

8.000 Brasilianer hatten sich Ende August zu einer Protestkundgebung gegen die Teuerung in der größten Kirche Sao Paulos, der größten Stadt Brasiliens, versammelt. Noch während die Kundgebung andauerte, umstellten Sondereinheiten der Polizei die Kirche. Als anschließend 2.000 Teilnehmer der Kundgebung sich vor der Kirche versammelten und Sprechchöre gegen das faschistische Regime in Brasilien riefen, ging die Polizei mit Gummiknüppeln und Tränengas gegen die Demonstranten vor. Mindestens zwölf Menschen wurden verletzt.



Sao Paulo: Polizei geht brutal gegen Demonstranten vor.

Auch in anderen Bereichen entwickelt sich der Kampf der brasilianischen Werktätigen. So traten am 23. 8. die Lehrer der Schulen Sao Paulos in den Streik und forderten Gehaltserhöhungen und mehr Mittel für das Bildungswesen. Dieser Streik der Lehrer Sao Paulos schließt sich an den Kampf von über 40.000 Lehrern im ganzen Land an, der bereits Anfang August begonnen hatte.

Bikini-Atoll evakuiert

Die Bewohner des Atolls Bikini im Pazifik mußten ihre atomar verseuchte Heimat nun schon zum zweitenmal verlassen. Seit einem Jahr hatten sie ausschließlich von eingeführtem Wasser und Proviant gelebt, doch auch dies verhinderte die Vergiftung ihrer Körper nicht. — Im Gebiet des Atolls, ihrem „Treuhandgebiet“, hatten die US-Imperialisten von 1946 bis 1958 Atombombenversuche durchgeführt — „zum Wohle der Menschheit und zur Vermeidung künftiger Kriege“.

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN



Portugal

Spanien

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

Griechenland

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

Italien

Lieber Leser des „Roten Morgen“

Abonnements für die abgebildeten Zeitungen und für andere Zeitungen der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über den Verlag Roter Morgen vermittelt werden. Wir bitten, insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitte an: Verlag Roter Morgen (Vertrieb), 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/433691 u. 433692, Postfach 300526

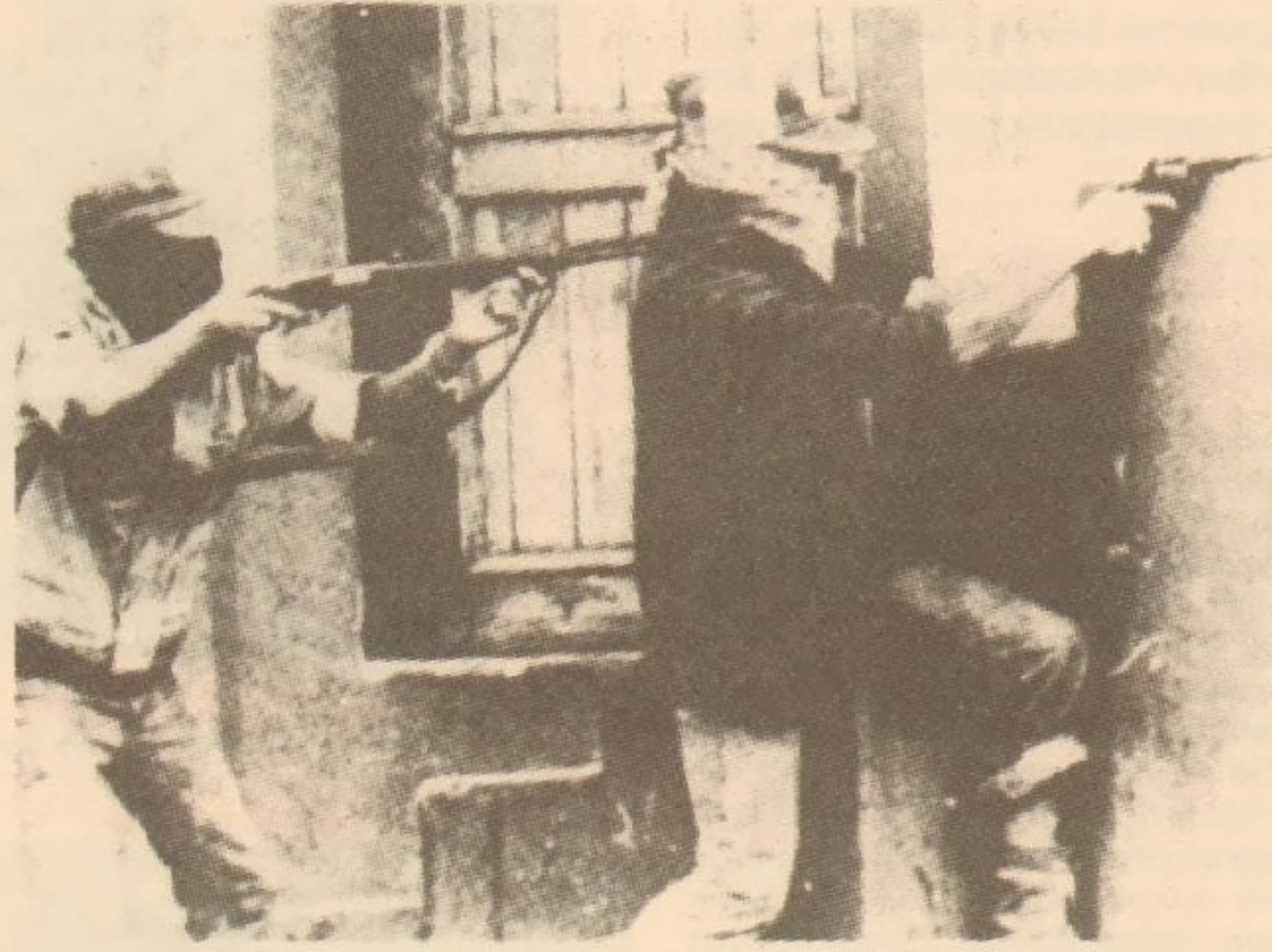
Nicaragua

Ein Volk kämpft um seine Freiheit

Matagalpa ist eine kleine Stadt in Mittelamerika. Kaum jemand bei uns dürfte bis vor einiger Zeit ihren Namen gekannt haben. Jetzt macht er Schlagzeilen. Denn Matagalpa, mit 400.000 Einwohnern die drittgrößte Stadt Nicaraguas, ist zum Zentrum des Widerstandes gegen das faschistische Terrorregime des Präsidenten Anastasio Somoza geworden.

Bereits seit vielen Monaten kämpft das Volk Nicaraguas mit Streiks, Demonstrationen und bewaffneten Aktionen gegen das verhaßte Regime. In der letzten Woche, nachdem es bewaffneten Patrioten gelungen war, im Handstreich das gesamte Parlament und eine Reihe Minister gefangenzunehmen und im Austausch gegen sie mehrere Dutzend politische Gefangene freizubekommen, wurde in Nicaragua der Generalstreik ausgerufen. In allen größeren Städten kam es zu Demonstrationen, auf denen der Sturz Somozas gefordert wurde. Brutal griff die Polizei ein und schoß auf die unbewaffnete Bevölkerung. Daraufhin verschärften sich die Auseinandersetzungen. Vor allem in Matagalpa, wo Patrioten zu militärischen Aktionen gegen besonders verhaßte Reaktionäre übergingen, kam die Polizei immer mehr in Schwierigkeiten, bis sie schließlich nicht mehr Herr der Lage war.

Daraufhin eröffnete Präsident Somoza den offenen Krieg gegen sein eigenes Volk. Kampfflugzeuge wurden eingesetzt und bombardierten die Stadt. Panzer der Nationalgarde rollten durch die Straßen und walzten alles nieder, was sich ihnen in den Weg stellte. Zahlreiche Menschen fanden den Tod oder wurden schwer verletzt. Trotzdem schaffte es das faschistische Regime nicht, den Widerstand des Volkes zu ersticken. Mit den wenigen einfachen Waffen, die die Werktätigen besaßen oder erbeuten konnten, setzten sie sich zur Wehr. Bis zum Wochenende dauerten die bewaffneten Auseinandersetzungen an. Und sie griffen sogar auf andere Städte über. So auf die Hauptstadt Managua, wo Militärbusse angezündet, Barrikaden errichtet und andere Aktionen durchgeführt wurden.



Bewaffnete Jugendliche im Kampf gegen die Nationalgarde Somozas.

Aber für das Blut der Arbeiter, Bauern, Frauen und Jugendlichen, das in Nicaragua floß, ist nicht nur der Faschist Somoza verantwortlich. Die Mörder der Freiheitskämpfer von Nicaragua sitzen auch in Washington. Sie (und in letzter Zeit auch die israelischen Zionisten) lieferten dem faschistischen Regime die Waffen, mit denen es auf die Kämpfenden schoß. 20 Mio. US-Dollar sind es, die seit Jahren jährlich nach Nicaragua geschickt werden. Dazu kommt, daß Nicaragua das einzige Land Mittelamerikas ist, das von den USA schwere Waffen bekommt. Dieses massive Interesse der US-Imperialisten an dem faschistischen Regime in Nicaragua hat wirtschaftliche und militärpolitische Gründe.

Nicaragua ist ein El Dorado für die amerikanischen Monopole wie die berüchtigte United Fruit Company, ITT, Exxon u. a., die die einheimischen Reichtümer ausplündern und die Werktätigen in ein unbeschreibliches Elend stürzen. 35 Prozent der 2,3 Millionen Einwohner Nicaraguas sind arbeitslos, 60 Prozent sind Analphabeten, 50 Prozent der Kinder sterben, bevor sie das fünfte Lebensjahr erreicht haben.

Dazu kommt, daß in Nicaragua der Sitz des „Zentralamerikanischen Verteidigungsrates“ ist, der Beginn einer von den US-Imperialisten geplanten „Zentralamerikanischen Zentralstreitmacht“ unter ihrem Kommando, die in militärischer Hinsicht die Macht der Wallstreet-Bosse in Mittelamerika mit Waffengewalt aufrechterhalten soll.

Diese, ihre imperialistischen Machtinteressen, sahen die US-Imperialisten bisher am besten durch das Regime Somoza gesichert. Aber man kann sicher sein, daß, sollte Somoza durch das Volk gestürzt werden, die US-Imperialisten mit allen Mitteln versuchen werden, mit einem neuen Regime, einem neuen Lakaien ihre Herrschaft fortzusetzen. Das gleiche werden auch die westdeutschen Imperialisten tun. Denn sie sind heute nach den amerikanischen Imperialisten bereits der größte Außenhandelspartner Nicaraguas. Konzerne wie BASF, Hoechst, Mercedes, VW, Siemens und andere verdienen dort. Und Bonn zahlte dem blutigen Terrorregime erst im letzten Jahr 7 Millionen DM „Entwicklungshilfe“.

Das ist ein Grund mehr für die deutsche Arbeiterklasse, den Arbeitern und dem gesamten Volk von Nicaragua einen schnellen Sieg in seinem Kampf zu wünschen. Einen schnellen Sieg nicht nur über Somoza, sondern auch über die amerikanischen und westdeutschen Imperialisten.

Machtvoller Bergarbeiterstreik in Peru

Für die Zeitungen ist er nur winzige Meldungen wert, der Streik der Arbeiter in den Kupferbergwerken Perus. Seit vier Wochen streiken die Bergarbeiter dort, liest man. Aber wie, vor allem unter welchen Bedingungen, streiken, kämpfen sie?

Das Militärregime kennt keine Gnade gegenüber den kämpfenden Werktätigen. Tausende von ihnen, Arbeiter, Bauern, Gewerkschafter sind im Gefängnis. Und wer in Peru für mehr Lohn, gegen die Teuerung, gegen das Regime auf die Straße geht, der weiß, daß ihn dabei die Kugeln der Militärs töten können. Dutzende von Werktätigen wurden bei den Kämpfen im April, Mai und Juni dieses Jahres ermordet.

Für die Bergarbeiter in den Kupferminen kommt hinzu, daß die Regierung über die Bergwerke seit zwei Jahren den Notstand und damit auch das Streikverbot verhängt hat. Trotzdem, trotz drohenden Hungers und Terrors haben fast 50.000 Arbeiter den Kampf aufgenommen. Sie haben Demonstrationen organisiert, darunter einen machtvollen Sternmarsch aus den Bergarbeiterstädten in die Hauptstadt Perus. Sie haben sich auch dadurch nicht schrecken lassen, daß die Regierung den Ausnahmezustand über die fünf Provinzen, in denen gekämpft wird, verhängt hat. Dabei muß man wissen, was Ausnahmezustand in Peru bedeutet: grünes Licht, um die Gruben mit Militär zu besetzen, Aufhebung der Versammlungsfreiheit, auf Freizügigkeit und Unversehrtheit der Wohnung. Freie Hand für die Polizei und die Militärs, Streikende völlig willkürlich zu verhaften und einzusperren. Aber nicht nur gegenüber den Drohungen, sondern auch gegenüber den scheinheiligen Angeboten der Regierung sind die Bergarbeiter standhaft geblieben. Sie haben alle faulen Kompromisse abgelehnt und erklärt, daß sie solange streiken werden, bis ihre Forderungen erfüllt sind.

Diese Forderungen lauten: Wiedereinstellung von ca. 400 Kollegen, die im letzten Jahr nach einem großen Streik entlassen wurden, Lohnerhöhung von 25 Prozent, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Aufhebung des Notstandes im Minengebiet.

Die große Kampfkraft der peruanischen Bergarbeiter, die von Tausenden Arbeitern anderer Branchen unterstützt werden, erklärt sich aus der ungeheuren Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen in den letzten Jahren, sowohl in wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht. Hunderte, Tausende sehen: So kann es nicht mehr weitergehen. Denn das Versprechen von der „peruanischen Revolution“, mit dem Präsident Bermudez vor zehn Jahren die Macht antrat, hat sich inzwischen als schreckliche Katastrophe für die Werktätigen erwiesen. Nur 2,5 Prozent aller Peruaner erzielen heute ein Einkommen von umgerechnet 195 US-Dollar, das ist das von der Regierung errechnete Einkommen für ein „menschenwürdiges Leben“. Insgesamt ist das Einkommen der Werktätigen in den letzten zehn Jahren um 35 Prozent gesunken. Ein Arbeiter in einem Kupferbergwerk bekommt für seine schwere, sehr gesundheitsschädliche Arbeit heute ca. 6 DM am Tag. Schwer lasten die Preiserhöhungen auf den Armen Perus. Erst im Juni dieses Jahres hat die Regierung die Preise für Mehl, Brot und Nudeln um 100 Prozent, für Milch um 40 Prozent und für Speiseöl um 120 Prozent erhöht. Als die Werktätigen dagegen auf die Straße gingen, wurde ihr Protest mit blutigem Terror niedergeschlagen.

Dies alles ist der Hintergrund des machtvollen Bergarbeiterstreiks in Peru. Man kann heute noch nicht sagen, wie dieser Streik enden wird. Sicher aber ist, daß er und seine Erfahrungen einfließen werden in den großen Strom des revolutionären Kampfes, den das peruanische Volk gegen seine in- und ausländischen Unterdrücker, für seine Freiheit führt.

„Demokratisierung" im Iran?

Trotz des Regierungswechsels herrscht im Iran weiter eine gespannte Lage. Am vergangenen Wochenende kam es in Teheran und anderen Städten erneut zu Straßenkämpfen. Nach offiziellen Angaben wurden dabei durch die Truppen des Schah 17 Menschen erschossen. Der Terror im Iran, die blutige Gewalt, die die Polizeieinheiten gegen die Demonstranten in Teheran, Abadan, Täbris und in anderen Städten eingesetzt haben und bei den jüngsten Demonstrationen einsetzen, ist einer der zahlreichen Beweise, die den reaktionären Charakter des volksfeindlichen Regimes in Teheran zeigen.

Und vor dem Hintergrund dieses Terrors gibt das Oberhaupt der iranischen Reaktion, Schah Reza Pahlevi, zynisch eine Erklärung über den angeblichen Prozeß der Demokratisierung ab, der im Land begonnen haben soll. In einem Interview, das der Schah vor einiger Zeit gab, erklärte er, sein Land sei „demokratisch". Bei gleicher Gelegenheit gab er von sich, für den Westen könne ein anderes als das bestehende Regime nicht als demokratisch gelten.

Der Schah bemüht sich, diese „Demokratie vor dem Gewehrlauf" mit der neuen, am 27. August gebildeten Regierung zu praktizieren. Wenn er jedoch hofft, durch das Auswechseln des Regierungschefs und einiger Minister die Kämpfe des Volkes unter Kontrolle zu bekommen, hat er sich jedoch geirrt. Die iranischen Völker wissen sehr genau, wen sie da vorgesetzt bekommen haben. Den neuen Regierungschef Emami kennen die Werktätigen zum Beispiel aus dem Jahre 1960. Damals bekleidete er schon mal dieses hohe Amt und war verantwortlich für einen brutalen Polizeieinsatz gegen demonstrierende Schüler und Studenten in Teheran, der 100 Todesopfer forderte. Und der neue Innenminister gehört zu den als besonders scharf verrufenen Militärs aus der Grenzstadt Asserbaidschan. Mit der Schaffung eines eigenen Ministeriums für Religionsfragen, dem Versprechen der Wiedereinführung des alten Kalenders, der Entlassung seines Leibarztes (der der Bahai-Sekte angehört), der Schließung der Casinos und Spielhallen — mit all dem versucht der Schah, einen Teil der fortschrittlichen Geistlichkeit auf seine Seite zu ziehen. Denn nach Predigten, in denen die Ausrufer das faschistische Schah-Regime anprangerten, fanden schon häufig Demonstrationen statt. Das religiöse Zentrum Quom, südlich von Teheran, war in letzter Zeit immer wieder Schauplatz blutiger Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizeieinheiten.

Genausowenig wie ihm das jüngste „Reichstagsbrandmanöver" genutzt hat, ein Terroranschlag auf ein Kino in Abadan, bei dem 400 Menschen ums Leben kamen und den der Schah als „Werk einer kommunistischen Verschwörung" hinzustellen versuchte, wird ihm auch dieses Manöver nützen. Die Ereignisse in letzter Zeit zeigen, daß das reaktionäre Regime weder durch Gewalt und Verbrechen, noch durch die Demagogie von der Demokratisierung oder der Liberalisierung des politischen Lebens des Landes in der Lage ist, den Haß und die Revolte der Arbeiter und Bauern auszulöschen.

Das Zentralorgan der Kommunistischen Partei der Arbeiter und Bauern des Iran, „Toufan", schreibt: „Das Märchen von Freiheit und der Demokratie können das iranische Volk niemals irreführen. Diesem Volk fehlt es an täglichem Brot, es ist in ständigem Druck, der Unsicherheit und dem Hunger, der Wohnungsnot, der schweren Last der Steuern, dem Terror der Gendarmerie und der Polizei, Verachtung und Folter ausgesetzt. Freiheit und Demokratie für die Massen — das heißt sofortige Beseitigung der Unterdrückung, keine Ausplünderung des Vaterlandes mehr durch die Imperialisten, das Ende der schandbaren Dynastie der Pahlevis, der Feudalen und der vom Imperialismus abhängigen Bourgeoisie. Solange das Volk nicht die Zukunft in die eigenen Hände genommen hat, solange es nicht selbst sein Leben gestaltet, seine Arbeit leistet, kann von Freiheit und Demokratie im Iran überhaupt keine Rede sein." Den Kampf dafür hat die Kommunistische Partei der Arbeiter und Bauern des Iran aufgenommen.

Der Kampf geht weiter

Bereits in der Nacht nach der Bekanntgabe des Regierungswechsels haben sich nach Presseberichten in mindestens acht Städten blutige Unruhen ereignet. So zum Beispiel in der erwähnten Stadt Quom, wo 4.000 Demonstranten sich in Straßenschlachten gegenüber der Polizei zur Wehr setzten. Auch am Mittwoch kam es in mehrern Städten zu Demonstrationen gegen das Regime. Die Tatsache, daß in Quom zwei Werktätige erschossen wurden und allein in Teheran in diesen Tagen 200 Menschen verhaftet wurden, zeigt, daß das Regime seinen Charakter keineswegs geändert hat. Über die Kämpfe im Iran, die nun schon seit Wochen mit unverminderter Härte anhalten, erhielten wir folgenden Bericht von Lesern des „Roten Morgen", die sich zur Zeit im Iran aufhalten:

„Der Widerstand gegen das Schah-Regime hat jetzt im Fastenmonat (Ramadan) verstärkt zugenomen und wird zusehends militanter. So fanden häufig Demonstrationen statt, wobei Anti-Schah-, Anti-Regierungs- und antiamerikanische Parolen gerufen wurden und die meistens militant verliefen. In Banken wurden Brandsätze geworfen, ebenso in Luxushotels, und es gab blutige Auseinandersetzungen mit der Polizei, bei denen es viele Tote und Schwerverletzte gab.

Am heftigsten war der Widerstand bisher in Isfahan, so daß dort für 30 Tage Kriegsrecht verhängt wurde. Laut Zeitung gab es hier vier Tote und 66 Verletzte — laut Augenzeugen mehrere Hundert Tote, ebenso Verletzte. Kriegsrecht bedeutet hier:

— Die ganze Stadt ist voller schwerbewaffnetem Militär, an jeder größeren Kreuzung stehen Panzer und Lastwagen, besetzt mit Soldaten, die demonstrativ ihre Gewehr mit aufgepflanztem Bajonett gegen die Bevölkerung richten.

— Ausgangssperre zwischen 8 Uhr abends und 5 Uhr morgens; wer sich während dieser Zeit auf der Straße befindet, wird erschossen.

— Flughafen gesperrt.

— Ansammlungen von mehr als drei Personen sind verboten.

— Jede Unruhe muß sofort der Polizei gemeldet werden.

— Verwundete dürfen von ihren Angehörigen nicht im Krankenhaus besucht werden.

— Tote werden nicht zur Beerdigung freigegeben, sondern irgendwo im geheimen verscharrt.

— Jedwede Beerdigungsfeier ist verboten.

— Die Basare (die meisten der Moscheen, von denen die Demonstrationen ausgingen, befinden sich dort — außerdem sind dort immer viele Menschen) wurden geschlossen.

— Verdächtige Personen werden verhaftet und vor ein Kriegsgericht gestellt, usw. usw.

Von Isfahan aus gingen die Unruhen auf weitere Städte über, auch in Teheran haben wir Demonstrationen mitbekommen; gleichzeitig sah man binnen kurzer Zeit in der ganzen Stadt Militär. Nach den Kämpfen in Isfahan schlossen die Händler im Basar von Teheran und anderen Städten aus Solidarität mit Isfahan ihre Läden. In Täbris gab es große Demonstrationen der Studenten. Der Rektor drohte, wie schon einmal, die Uni für ein ganzes Jahr zu schließen. Erst im Februar waren Studenten bei solchen Demonstrationen von der Polizei, die dort ständig stationiert ist, erschossen worden.

Aber nicht nur die Demonstrationen nehmen zu, auch die Streiks der Arbeiter und Angestellten werden stärker. Zum Beispiel: 2.000 Arbeiter einer Maschinenfabrik in Täbris streikten wegen der ungerechten Zuteilung der jährlichen Zulagen und den kurzen Erholungspausen. Oder: In einer anderen Fabrik wurde gegen die hohen Zulagen der Vorarbeiter und Ingenieure gestreikt. Oder wie in Teheran: Angestellte der Telekommunikation gegen die Verlängerung der Arbeitszeit streikten ebenfalls."

Nieder mit dem faschistischen Schah-Regime!

Der Schah und Hua — zwei Freunde reichen sich die Hand

Es wurde nicht getanzt und nicht gefeiert, und auch das Jubelvolk fehlte. Die goldene Kutsche konnte man auch nicht nehmen — wegen mangelnder Sicherheit. Stattdessen schwer bewaffnete Soldaten mit aufgepflanzten Bajonetten am Straßenrand, herbeigeholt zum Schutz von Hua Guo-feng und des Schah-in-Schah. Teheran, am 30. August 1978.

Vier Tage blieb der Parteivorsitzende der KP Chinas im Iran. Allein durch seine Anwesenheit stärkte er den faschistischen Blutsaugern den Rücken — in einer Zeit, wo die Volksmassen seit Wochen auf den Barrikaden stehen und die Henker in Teheran dem Ansturm der Arbeiter und Bauern durch Blutbäder und Regierungswechsel Herr zu werden versuchen. Selbst die bürgerliche Presse muß das so sehen. So etwa die italienische Zeitung „Stampa": „Unter diesen Umständen erlangt der Besuch Hua Guofengs besondere Bedeutung, denn er bietet dem wankenden Regime des Schahs eine große Gelegenheit, auf internationaler Ebene sein Prestige zu stärken. Die Freundschaft Chinas bedeutet für den Iran eine moralische Unterstützung." Oder eine Pariser Zeitung: „Die Ankunft Huas fällt mit der Stärkung der Position des Schahs zusammen und verleiht ihr in gewissem Maße auf der internationalen Szene ihre Bestätigung." Die Ehrenrettung des Schah und seines Regimes geht aber noch weiter. Und die chinesischen Revisionisten betreiben sie schon seit einigen Jahren.

Die Geschichte des Verrats

Der in der Kulturrevolution als „Machthaber auf dem kapitalistischen Weg" gestürzte und wieder rehabilitierte Ulanfu erklärte zum Beispiel Ende November 1976, anläßlich des 50. Jahrestages der Gründung der Pahlevi-Dynastie als Delegationsleiter einer Abordnung des Nationalen Volkskongresses in Teheran: „Stets steht ein unabhängiger Iran im westlichen Teil Asiens. Heute hält das iranische Volk unter Führung seiner kaiserlichen Majestät des Schah-in-Schah an seinen Bemühungen um die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit fest" („Peking Rundschau", 48/76, Seite 5).

Abgesehen davon, daß das iranische Volk **niemals** auch nur **irgendetwas** unter Führung (!) des Schah getan hat (welch ungeheure Beleidigung des mutigen und heroischen iranischen Volkes!) — jedes kleine Kind weiß, daß dies eine faustdicke Lüge ist. Das faschistische Schah-Regime wurde vom CIA an die Macht geputscht, die amerikanischen (aber auch westdeutschen) Konzerne halten die Fäden der Wirtschaft fest in ihren Händen, das Militär wird von amerikanischen Beratern geführt, und auch sonst hat sich das Schah-Regime immer als getreuer Diener seines Herrn, des US-Imperialismus, erwiesen.

Ein Jahr später erklärte dann Frau Teng Ying, ebenfalls als Leiterin einer Delegation des Nationalen Volkskongresses in Teheran: „Wir haben bemerkt, daß die Regierung und die Bevölkerung des Iran unter der Führung seiner Majestät, des Schah-in-Schah, beim tatkräftigen Aufbau und bei der Entwicklung ihrer Wirtschaft und Kultur bemerkenswerte Leistungen erzielt haben." (Monitordienst, 5.12.77) Davon hat das iranische Volk allerdings nichts gemerkt. Für die Arbeiter und Bauern verschlechtert sich die Lage in ihrem Lande zunehmend. Schlechte medizinische Versorgung, Analphabetentum, steigende Preise und sinkende Löhne, Arbeitslosigkeit — das alles bringt das Faß im Iran immer wieder zum Überlaufen, treibt die Volksmassen auf die Barrikaden.

Die unverhohlene Unterstützung des Schah-Regimes auch in innenpolitischen Fragen (was ja unsere Drei-Weltler von der GRF und vom KBW immer wieder bestreiten) geht aber noch weiter. Erwähnter Ulanfu in seiner Rede: „Wir sehen mit Freude, daß die Königliche Regierung Irans Anstrengungen zur Erhöhung des Verteidigungspotentials geleistet hat." Worüber die chinesischen Revisionisten sich so freuen, ist, daß die Faschisten ihren Militärapparat immer weiter ausbauen, immer neuere und mehr Waffen einkaufen, um sie einzusetzen gegen das Volk. Es ist ja wohl ein schlechter Witz, von „Verteidigungspotential" zu reden, wenn die Waffen dazu gebraucht werden, Demonstranten zusammenzuschießen, Blutbäder unter der Bevölkerung anzurichten. Und bekanntlich werden diese Waffen auch eingesetzt gegen die Befreiungsbewegungen am Persischen Golf in Oman/Dhofar, wo sich das faschistische Schah-Regime im Auftrag des US-Imperialismus als Gendarm aufspielt.

Ein besonderes Kapitel

Hier, in Oman/Dhofar spielte sich ein besonderes Kapitel chinesischer Außenpolitik ab. Mit Hilfe des Regimes von Oman (einem Sultanat) plündern vor allem die US-Imperialisten seit Jahren die gesamten Reichtümer des Landes, vor allem die Erdölressourcen. Trotz der reichen Erdöl- und Erdgasvorkommen leben die Einwohner jedoch in unbeschreiblicher Armut. Gegen Ausbeutung und Unterdrückung erhob sich das omanische Volk. Seit 1965 führt es den bewaffneten Kampf für nationale Unabhängigkeit und soziale Revolution. Im Verlauf dieses Kampfes gelang es den Volksmassen, die Provinz Dhofar vom Imperialismus und der despotischen Herrschaft ihrer Marionetten zu befreien. Noch 1970 schrieb die „Peking Rundschau": „In Dhofar geht der bewaffnete Befreiungskampf gut voran." Doch bald sollte sich alles ändern. Denn mittlerweile haben die chinesischen Revisionisten es vorgezogen, den Scheich Qabus zu unterstützen. Die „Volksfront zur Befreiung Omans" (PFLO) erhält seit geraumer Zeit keine militärische Hilfe mehr aus China. Stattdessen nahm die chinesische Regierung diplomatische Beziehungen mit dem Sultanat auf, und am 23. Juni dieses Jahres besuchte bereits der Außenminister Omans Peking. Den Schah, der jahrelang den Sultan bei der Unterdrückung der Befreiungsbewegung unterstützte (1975 starteten zum Beispiel 11.000 iranische Soldaten einen Großangriff auf die befreite Provinz Dhofar), wird es gefreut haben.

Die Völker des Iran und in Oman/Dhofar wissen, was sie davon zu halten haben, wenn Hua in Teheran wieder Sprüche vom „gemeinsamen antihegemonistischen Kampf" losläßt und der reaktionären Politik des Schah-Regimes unverhohlen Beifall zollt.

Nieder mit der revisionistischen „Drei-Welten-Theorie"

Der Hua-Besuch stellt nur einen weiteren Meilenstein der reaktionären chinesischen Außenpolitik dar, einer Politik der Zusammenarbeit mit Faschisten und Reaktionären, der Zusammenarbeit mit den westlichen Imperialisten, der Politik einer Großmacht, die sich anschickt, mitzumischen beim Poker um Einflußzonen und politische Macht. Das alles versuchen sie auch noch unter dem Deckmantel des Marxismus-Leninismus den Völkern als fortschrittlich zu verkaufen. Doch ihre revisionistische „Theorie der drei Welten" wird von den Völkern immer besser durchschaut. Und gerade das Beispiel „Iran" ist ein Lehrstück dafür, wie sich die „Drei-Welten-Theorie" und die reaktionäre chinesischen Außenpolitik gegen die Interessen der Völker richtet.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
1. Programm			
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
2. Programm			
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW

Der „Arbeiterpapst“

Mit Rauchzeichen kündigte er sich an, der „Neue“. Der Stellvertreter Gottes auf Erden, Oberhaupt von 700 Millionen mehr oder weniger gläubigen Katholiken und — „der Mann des sozialen Engagements“ (so das DGB-Organ „Welt der Arbeit“), kurz: der „Arbeiterpapst“.



Für dieses Image hat die Presse gesorgt. Allen voran das DGB-Organ. Aus armen Verhältnissen kommt er, heißt es. Nur — in diesen Verhältnissen hat Johannes Paul Nr. 1 die letzten Jahrzehnte als Bischof und Kardinal bestimmt nicht mehr leben müssen. Der unbeschreibliche Reichtum der katholischen Kirche haben ihm allerdings immer ein Leben ohne materielle Sorgen garantiert. Er hat immer einen vollen Magen gehabt, und wirtschaftliche Existenznot kennt er nur vom Hörensagen. Zur Imagepflege hat er auf die feierliche Krönung und die dreifache Krone verzichtet. Doch — auch das zeichnet ihn nicht sonderlich aus. Seine Vorgänger machten es genauso. „Er kennt die Arbeiter“, schreibt die DGB-Zeitung weiter. Doch — woher denn? Aus seinen Kindheitstagen? Aus seiner Zeit als Dozent für Theologie und „Morallehre“ auch wohl kaum. Fraglich, ob er überhaupt jemals einen Betrieb von innen gesehen hat.

Aber vielleicht ist es das (und das ist auch das einzige, was übrig bleibt): „Sein Vater war sogar eingeschriebener Sozialist — und Antiklerikaler“ („Welt der Arbeit“). Wer weiß — mag sein, daß diese Haltung seines Vaters noch auf den neuen Papst in seinen alten Tagen abfärbt und der schafft noch die Kirche ab! Das wäre dann allerdings der schlagende Beweis für seine Fortschrittlichkeit, und die Welt hätte wirklich einen berechtigten Grund zur Freude.

Aber dazu wird es nicht kommen. Noch nie sei er so rot geworden in seinem Leben wie seinerzeit, als Johannes Nr. 23 ihm die päpstliche Kopfbedeckung auf die Schultern legte. Er sollte wieder rot werden, der neue Mann im Vatikan — bei all dem, was man ihm so alles nachsagt, unserem „Arbeiterpapst“...



Kardinäle wählten einen „Arbeiterpapst“??

Erste LP der „Elbspeelers“ erschienen

Da gewöhn' wir uns wohl dran!

Längst überfällig, lang erwartet und (hoffentlich) heiß begehrt: die erste Langspielplatte der Hamburger Volksmusikgruppe „Elbspeelers“. Nun ist sie da, eine „runde“ Sache mit Liedern und Tänzen, gemacht „nach der Arbeit“, und das ist auch der Titel.

Denn erst nach der Arbeit holen die sieben „Elbspeelers“ ihre Instrumente hervor, um Musik zu machen, ein Maschinenschlosser, drei Lehrlinge, ein Lehrer, ein Schriftsetzer und eine Erzieherin — der jüngste 18, der älteste 28 Jahre alt. Vielfältig, was da so alles zu hören ist: Gitarre, Banjo, Conzertina, Akkordeon, Mundharmonika, Baß, Cello, Mandoline, Geige, Balalaika, Schellenring, eine Waldzither und — Gesang, versteht sich. Denn die „Elbspeelers“ legen großen Wert auf die Texte, die sie singen:

„Politisch neutral sind wir nicht“

„Von der sogenannten Folkszene grenzen wir uns ganz klar ab. Diese Folk-Gruppen sind doch auf einem richtigen Nostalgie-Trip. Wir finden's ja gut, wenn Gruppen alte deutsche Volkslieder spielen. Bloß — nur vom lustigen Wanderburschen und der Frau Müller singen, nee, das ist bei uns nicht drin. Politisch neutral sind wir auch nicht. Auf reaktionären Veranstaltungen mögen wir nicht spielen. Wir spielen auch nicht jedes deutsche Volkslied, bloß weil es alt ist und mal vom Volk gesungen wurde. Wir wählen aus.“

Und die Auswahl, die sie auf ihrer ersten LP getroffen haben, ist gut. Zu hören sind alte Lieder, neue Lieder, alte Lieder mit neuem Text, Volkstänze, plattdeutsche Lieder und sogar ein Lied aus Schweden, abwechslungsreich zusammengestellt und verpackt in ein (wie sollte es auch anders sein) in Blautönen gehaltenes Cover.

Alle bekommen eins über den Rüffel: Der Pfaffe, der vom tatkräftigen Bauern bei seiner Frau erwischt wird — in dem Lied „Pfaff und Bauer“ aus dem 19. Jahrhundert. Der „König von Preußen“ im gleichnamigen Lied. Unser „Freund Breschnew“ und die Revisionisten von der DKP („Ob du prahlst vom Sozialismus, der durchs Parlament ins Land muß...“) in dem, mit neuem Text versehenen, traditionellen Lied „Prinz Eugen“. Die Großgrundbesitzer, Konzernherren und Bankhyänen, die den kleinen Bauern im Nacken sitzen — in dem vom Kieler AP-Trupp „Rotes Sprachrohr“ neu geschaffenen plattdeutschen Lied „Je Lüü op'n Lann“. Zum „Rundumschlag“ holen die „Elbspeelers“ aber gleich im ersten Lied auf der A-Seite aus: Da geht's gegen den Gewerkschaftsapparat, den reaktionären Betriebsrat, den Mann vom Arbeitsamt, den Beamten vom Sozialamt. Gemeint ist der Renner der Saison: „Da gewöhn' wir uns nicht dran“, ein irisches schwungvolles Traditional mit aktuellem Text über Jugendarbeitslosigkeit und den Kampf dagegen. Ja, die „Elbspeelers“ klagen nicht nur an, enthüllen oder machen sich über die Herren „da oben“ lustig — sie zeigen auch, daß man kämpfen muß und kann, ermutigen dazu. „Doch sie werden sich noch wundern, eine neue Zeit bricht an. Ja, ihr könnt uns viel erzählen, da gewöhn' wir uns nicht dran!“

Trotzdem nicht nur Politisches

Aber — natürlich ist auf der Platte nicht nur „Hochpolitisches“ zu hören. Das Tanzbein läßt sich ganz gut schwingen, wenn die „Elbspeelers“ zum Volkstanz aufspielen. Viermal sind sie rein instrumental mit Volkstänzen aus Norddeutschland und Mecklenburg auf der 45-Minuten-Platte zu hören. Polka und Quadrille, „Schöne Wulka“ und der „Sniderdanz“ sind die Titel. Zum Mitsingen ist natürlich auch genug da, und wenn es nur zunächst einmal ein „Faltaritarallala“ ist wie beim Spottlied „Pfaff und Bauer“. Da darf natürlich das plattdeutsche Lied „Trina“ nicht fehlen, und das „Tüddelband“ kennen ja nun auch nicht nur Hamburger (das ist die Sache mit dem „Äppelklaun“, was angeblich nur Hamburger richtig können). Zwei Lieder seien noch besonders erwähnt. „Min Vaderland“ und das „Värmlandlied“. Das eine, von den „Elbspeelers“ ausgegraben, stammt von Klaus Johann Groth, einem wohl nicht so bekannten Lyriker und Erzähler dithmarscher Mundart, der im 19. Jahrhundert lebte und gegen die Annexion Holsteins durch Dänemark auftrat. Als Melodie nahmen die „Elbspeelers“ ein irisches Volkslied. Und dann das schwedische „Värmlandlied“, welches melodisch warm, wohl vom Arrangement eins der besten ist. Hier kommt auch die Stimme der einzigen „Deern“ in der Truppe voll zur Geltung, die sich mächtig ins Zeug gelegt hat. Jedoch — wer die „Elbspeelers“ schon einmal live gehört hat, mag von der ersten Platte noch etwas mehr erwartet haben. Da fehlt manchmal der gewohnte Schwung, die satte Klangfülle. Offensichtlich scheinen bei der technischen Herstellung einige Mängel aufgetreten zu sein, denen der Verlag auf jeden Fall nachgehen sollte...

Insgesamt gesehen: musikalisch und textlich eine lohnenswerte Platte und hoffentlich nicht die letzte von den „Elbspeelers“. Man kann die Hamburger nur auffordern, weiterzumachen und ihnen weiterhin viel Erfolg wünschen. An eure Musik — da gewöhn' wir uns wohl dran!



Bestellung an: Verlag Neue Zeit GmbH, Postfach 4304, 2300 Kiel 1 DM 20,—

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN“, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen“, Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen“, Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/17 74 04, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9.00-12.00 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen“, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Buchladen „Roter Morgen“, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 u. 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 9.00-12.00 u. 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube“, Allestr. 49, Tel 0203/55 06 23, geöffnet: Mo-Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4300 **ESSEN** (Altendorf), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Politische Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/62 42 99, geöffnet: Do 16.00-18.30 und Sa 10.00-13.00 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Buchladen „Paul Hoffmann“, Burgstr. 5, geöffnet: Mi 16.00-18.30, Sa 10.00-12.00 Uhr, Tel.: 0461/2 96 01

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen“, Burgstr. 78, Tel.: 0611/43 75 95, geöffnet: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen“, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Di-Fr 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann“-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext“, Mittelgasse 9, Tel.: 0561/1 65 07, geöffnet: Di-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-12.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen“, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen“, Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen“, Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39, geöffnet: Di, Do, Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen“, Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11.00-14.00 Uhr.

2350 **NEUMÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen“, Kieler Str. 21, Tel.: 04321/4 64 24, Mo, Mi, Fr 15.30-18.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstraße 13, geöffnet: Mo—Fr 14.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr. 089/2607554

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen“, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 WESTBERLIN 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4 65 39 66, geöffnet: Mo-Fr 11.00-18.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.